

Inhaltsverzeichnis

1. Deutscher Raiffeisenverband	
2. Deutscher Bauernverband	
3. COPA	
4. Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken	
5. Monika Hohlmeier	
6. Lebensmittelverband Deutschland	
7. COPA-COGECA	
8. COGECA	

Deutscher Raiffeisenverband

Der Deutsche Raiffeisenverband e. V. (DRV) ist als Dachverband die Interessenvertretung der genossenschaftlich organisierten Unternehmen der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft. Der Verband vertritt die Mitgliederinteressen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene gegenüber Politik, Administration, Wirtschaftspartnern und Öffentlichkeit. Laut **Satzung** arbeitet er bei der Durchführung seiner Aufgaben soweit wie möglich mit den Einrichtungen des Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbands (DGRV) und der Genossenschaftsverbände zusammen. Landwirte, Gärtner und Winzer sind die Mitglieder und damit Eigentümer der Genossenschaften.

Ende 2022 betragen die addierten Umsätze aller Raiffeisen-Genossenschaften in Deutschland 85,6 Mrd. Euro (inklusive Beteiligungen und Tochterunternehmen).^[1]

Die Kampagnen des DRV und des ihm nahestehenden **Deutschen Bauernverbands** richten sich insbesondere gegen Umwelt- und Tierschutzmaßnahmen, die die Ertragslage ihrer Mitglieder verschlechtern. Auch der Abbau umweltschädlicher Subventionen wird abgelehnt.^[2]

Deutscher Raiffeisenverband

Recht eingetragener Verein
sform
Tätig Interessenvertretung der
keits genossenschaftlich organisierten
berei Unternehmen der deutschen Agrar- und
ch Ernährungswirtschaft
Grün
dung
sdatu
m
Haupt
sitz
Lobby
büro
Lobby Rue du Luxembourg 47 - 51, 1050
büro Brüssel
EU
Web raiffeisen.de
dress
e

Inhaltsverzeichnis

1 Genossenschaften	3
1.1 Allgemein	3
1.2 Raiffeisen-Genossenschaften	3
2 Agrarförderung und Umweltschutz	3
3 Lobbystrategie und Einfluss	4
3.1 Deutschland	4
3.2 Brüssel	4
4 Fallbeispiele und Kritik	4
4.1 Verhinderung von EU-Umweltschutzvorhaben im Agrarbereich (Green Deal)	4
4.2 Kritik am Referentenentwurf des Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes	5
5 Vernetzte Unternehmen	6
6 Vernetzung mit dem Deutschen Bauernverband	7
7 Baywa AG	7
8 Mitgliedschaften (Auswahl)	7
9 Organisation	8
9.1 Mitglieder/Mitgliederversammlung	8
9.2 Präsident	8
9.3 Präsidium	9
9.4 Geschäftsführung	9
10 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	9

Genossenschaften

Allgemein

Nach § 1 des [Genossenschaftsgesetzes](#) ist der Zweck einer Genossenschaft darauf gerichtet, den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder oder deren soziale oder kulturelle Belange durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb zu fördern. Im Vordergrund steht der genossenschaftliche Förderzweck und nicht die Zahlung einer Rendite.^[3] Die von den genossenschaftlichen Spitzenverbänden vertretenen Genossenschaften betätigen sich in den Bereichen Banken (Genossenschaftliche FinanzGruppe, Volksbanken und Raiffeisenbanken), Agrar, Handel/Handwerk/Dienstleistungen sowie Konsum und sonstige Dienstleistungen.

Genossenschaften zeichnet das sog. Identitätsprinzip aus.^[4] Dieses besagt, dass die Mitglieder gleichzeitig Mitträger der genossenschaftlichen Willensbildung, Geldgeber durch Einzahlungen auf die Geschäftsanteile sowie Geschäftspartner der Genossenschaft sind, beispielsweise als Kunden oder Kundinnen, Mieter und Mieterinnen bzw. Lieferanten oder Lieferantinnen. Die Fallpraxis des Bundeskartellamtes hat gezeigt, dass der Genossenschaft mit ihren Mitgliedern – trotz des genossenschaftlichen Identitätsprinzips – durchaus ein Handeln zu Lasten (eines Teils) der Mitglieder möglich ist.^[5]

Raiffeisen-Genossenschaften

Der DRV beschreibt die Tätigkeit der Raiffeisen-Genossenschaften wie folgt: Raiffeisen-Genossenschaften versorgen die Landwirte mit Betriebsmitteln, z. B. Saatgut, Düngemitteln, Futtermitteln und Agrartechnik. Sie erfassen, verarbeiten und vermarkten die gesamte Palette landwirtschaftlicher Erzeugnisse und bieten ihren Mitgliedern vielfältige Dienstleistungen, z. B. regelmäßige Überprüfung von Feldspritzgeräten, Reparatur von Landmaschinen und umweltgerechte Lagerung von Pflanzenschutzmitteln. Sie liefern Brenn- und Treibstoffe und betreiben rund 800 Tankstellen. Rund 1.400 Raiffeisen-Märkte bieten den Verbrauchern ein hochwertiges Sortiment für Haus und Garten sowie den Haustierbedarf.

Quelle: ^[6]

Agrarförderung und Umweltschutz

Laut Umweltbundesamt wird etwa 50 % der deutschen Fläche landwirtschaftlich genutzt.^[7] Die Art der Nutzung beeinflusst die biologische Vielfalt und die Umweltbelastung. Viele Tier- und Pflanzenarten profitierten etwa von einer extensiven Bewirtschaftung von Äckern und Weiden. Intensiv bewirtschaftete landwirtschaftliche Flächen wiederum könnten die Natur belasten: Sie können Biotope stören, Gewässer im Überfluss mit Nährstoffen anreichern (eutrophieren) sowie Böden und Grundwasser weiteren Belastungen aussetzen. Nach Auffassung des NABU sollte die Agrarförderung deshalb dem Allgemeinwohl dienen und nicht den Interessen weniger Großbetriebe sowie jenen, die an der hoch-intensiven Landwirtschaft mitverdienen.^[8]

Eine vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft im Auftrag von Greenpeace erstellte [Studie](#) „Subventionen und Abgaben im Agrarsektor“ vom Januar 2024 zeigt den Spielraum auf, der beim Abbau umweltschädlicher Subventionen genutzt werden muss, um Anreize für eine sozial- gerechte Agrar- und Ernährungswende zu setzen und eine umwelt- und klimaverträgliche Land- und Forstwirtschaft gezielt zu fördern. Die großen Lobbyverbände der Agrarwirtschaft - insbesondere der DRV und der [Deutscher Bauernverband](#) -, machen regelmäßig gegen Umweltschutzvorhaben mobil, die die ökonomischen Interessen ihrer Mitglieder berühren.

Lobbystrategie und Einfluss

Deutschland

Im deutschen Lobbyregister gibt der DRV an (Stand: 19.03.2024), im Jahr 2022 1.450.001 bis 1.460.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 11 bis 20 Lobbyist:innen zu beschäftigen. ^[9] Als Lobbyist:innen in Berlin betätigen sich:

- Christoph Metzner (Vorstandsstab, Leiter Public Affairs)
- Nora Hauernert (Referentin Vorstand)
- Paula Pickert (Betriebsmittel Pflanzenbau, Public Affairs)^[10]

Bei der Lobbyarbeit kooperiert der DRV u.a. mit dem [Deutschen Bauernverband](#). Er ist weiterhin Mitglied der [Arbeitsgemeinschaft Mittelstand](#), die Parlamentarische Abende unter Beteiligung des DRV veranstaltet.^[11]

Brüssel

Wichtige Themen der Lobbyarbeit in Brüssel sind: Zukünftige Ausgestaltung der Gemeinsame Agrarpolitik, Handelspolitik, Organisation der Lebensmittelkette, lebens- und futtermittelrechtliche Fragen, Green Deal. In Brüssel beschäftigt der DRV (Stand: 19.03.2024) drei Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 2,2); die Lobbyausgaben lagen im Geschäftsjahr 2022 zwischen 100.000 und 199.999 Euro.^[12]

Thomas Memmert, Mitglied der DRV-Geschäftsführung und Vizepräsident von [COPA](#), ist für das Verbindungsbüro Brüssel zuständig. Dessen Leiter ist Hans-Jürgen Zens.

Der DRV beteiligt sich in Brüssel an den Lobbyaktivitäten der europäischen Verbände [COPA](#) und European Dairy Association (EDA)..^[13]

Fallbeispiele und Kritik

Verhinderung von EU-Umweltschutzvorhaben im Agrarbereich (Green Deal)

Nach Kritik der Agrarlobby unter Beteiligung des DRV sind die folgenden Vorhaben der EU-Kommission gescheitert:

Verordnung zum Pflanzenschutz (SUR)

Der Vorschlag zur „Verordnung über den nachhaltigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln“ (Sustainable Use Regulation - SUR) sah vor, den Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln (PMS) bis 2035 zu halbieren.^[14] Die SUR wurde als Teil der Farm-to-Fork-Strategie der EU vorgelegt, mit der die

Lebensmittelsysteme nachhaltiger und umweltfreundlicher ausgerichtet werden sollen.^[15] Am 19. September 2022 nahm der DRV zum Vorschlag der EU-Kommission wie folgt Stellung^[16]: „1. Der Vorschlag geht einseitig zu Lasten der Land- und Ernährungswirtschaft und zeigt weder etwaige Konsequenzen noch Alternativen auf. 2. Großräumige pauschale Anwendungsverbote für Pflanzenschutzmittel treffen nicht nur die Landwirtschaft – sie verändern das Landschaftsbild und beeinträchtigen den Wohlstand der dort lebenden Bürger“.

Am 21. November 2023 ist die EU-Pflanzenschutzverordnung im Europäischen Parlament überraschend komplett gescheitert.^[17] Die Berichterstatterin des Parlaments, die österreichische Grüne Sarah Wiener, bezeichnete das Scheitern als schwarzen Tag für die Umwelt und Europas Landwirte. Franz-Josef Holzenkamp, der Präsident des DRV sprach von einer Entscheidung der Vernunft. Vor dem Hintergrund der europäischen Bauernproteste und der anstehenden Europawahlen verkündigte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 6. Februar 2024, dass der Verordnungsentwurf nicht weiterverfolgt werde.^[18] Der Vorschlag sei zu einem Symbol der Polarisierung geworden. Im März 2023 ist die CDU-Politikerin von der Leyen von der Europäischen Volkspartei (EVP) zur Spitzenkandidatin für die Europawahl gewählt worden.^[19] Im EVP-Wahlprogramm heißt es nun, der "Green Deal" dürfe die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen nicht einschränken und die Landwirtschaft nicht gefährden.

Gesetz zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law - NRL)

Die EU-Kommission hatte das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur im Juni 2022 vorgelegt, mit dem erstmals rechtsverbindliche Ziele für die Wiederherstellung von degradiertem Land und die Umkehrung des Verlusts der biologischen Vielfalt eingeführt wurden.^[20] Das Gesetz sollte die Mitgliedsstaaten u.a. dazu verpflichten, bis 2030 mindestens 30 % der entwässerten Moore wiederherzustellen, davon ein Viertel durch Wiedervernässung.^[21]

In einer Pressemitteilung vom 12. Juli 2023 kritisierte Henning Ehlers, Hauptgeschäftsführer des DRV, das Gesetzesvorhaben: „Die über Monate geführte polarisierende Debatte und die nun knappe Abstimmung im Europaparlament zeigen deutlich, wie fehlerbehaftet das gesamte Gesetzes-Vorhaben ist. Die fachlichen Mängel sind offensichtlich. Insbesondere die massiven Einschränkungen auf die europäische Lebensmittelerzeugung und die zu befürchtenden Produktionsverlagerungen in Drittländer, die weitaus schlechtere Standards beim Naturschutz haben, sind nicht ausreichend berücksichtigt.“^[22]

Obwohl das EU-Parlament noch Ende Februar 2024 einen Trilog-Kompromiss zum Naturschutzgesetz mit knapper Mehrheit angenommen hatte, fand dieser im März 2024 unter den EU-Umweltministern überraschend keine Mehrheit, weil Ungarn kurzfristig vom Ja- ins Nein-Lager wechselte.^[23] Die belgische EU-Präsidentschaft setzte den Punkt daher kurzerhand von der Tagesordnung ab. Das bereits als gescheitert betrachtete Gesetz fand im Juni 2024 im EU-Umweltrat doch noch eine Mehrheit, weil die grüne österreichische Umweltministerin Leonore Gewessler im Namen der Regierung mit Ja stimmte, was ihr Regierungspartner ÖVP für rechtswidrig hält.^[24]

Kritik am Referentenentwurf des Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes

Der Referentenentwurf zur Änderung des deutschen Tierschutzgesetzes (Stand: 01.02.2024) enthält u.a.:

- das grundsätzliche Verbot Tiere angebunden zu halten
- die Reduzierung der Durchführung nicht-kurativer Eingriffe

- die Verpflichtung zur Identitätsmitteilung im Online-Handel mit Heimtieren
- die Einführung einer Video-Überwachung in Schlachthöfen
- das Ausstellungs- und Werbeverbot für Tiere mit Qualzuchtmerkmalen
- das Verbot des Haltens und zur Schaustellens bestimmter Tiere an wechselnden Orten

Quelle: ^[25]

Bisher dürfen unter acht Tage alten Lämmern ohne Betäubung die Schwänze kupiert werden; künftig soll der Eingriff nur noch bei Betäubung erlaubt sein.^[26] Dies gilt auch für das Entfernen der Hörner von Kälbern. Nach Angaben des Deutschen Tierschutzbundes sei das Kupierverbot für Jagdhunde gestrichen worden.^[27] Dagegen habe sich Hobbyjäger Christian Lindner (FDP) gestemmt.

In seiner Stellungnahme vom 1. März 2024 erklärt der DRV, neben dem Tierschutz müssten auch die Arbeitssicherheit und die Ausgestaltung von Arbeitsplätzen sowie wirtschaftliche Aspekte berücksichtigt werden.^[28] Er sieht es als unabdingbar an, dass der vorgelegte Referentenentwurf grundlegend überarbeitet werden muss. Aus Sicht des DRV und seiner Mitgliedsunternehmen sind folgende Punkte von herausragender Bedeutung:

- Ergänzung der Kombinationshaltung für Rinder (Erläuterung: Bei der Kombinationshaltung werden Weidehaltung und/oder Laufhof sowie Bewegungsbucht kombiniert)
- Eine zeitlich begrenzte Fixierung von Rindern muss durch den Tierhalter weiterhin möglich sein
- Betäubung und Schmerzmittelgabe beim Enthornen von bis zu 4 Wochen alten Rindern durch den geschulten Anwender
- Erst praxis- und wettbewerbstaugliche Haltungsbedingungen für Haltung von Schweinen mit langen Schwänzen, dann gesetzliche Anpassung
- Ja zu Kameras in Schlachtbetrieben, allerdings ohne Einschränkung nach Betriebsgröße und nur an Stellen mit Mensch-Tier-Interaktion
- Qualzucht gezielt einschränken, aber nicht die Tierzucht massiv beschränken. Ausnahmetatbestand für die Kennzeichnung von Kadavern von bis zu 8 Tagen alten Ferkeln.

Der Deutsche Tierschutzbund kritisiert in einer Pressemeldung vom 2. Februar 2024, dass das Verbot der tierschutzwidrigen Anbindehaltung von Rindern nicht umgesetzt werde: "Die saisonale Anbindehaltung, bei der die Tiere den überwiegenden Teil des Jahres angebunden bleiben können, bleibt grundsätzlich möglich".^[29] Das Schwanzkupieren bei Schweinen sowie das Schnabelkürzen bei Legehennen und Puten werde im Entwurf nicht verboten, Lämmer und Zicklein dürften weiterhin betäubungslos kastriert werden. Unakzeptabel sei auch, dass die Videoüberwachung in Schlachthöfen nicht für kleine Betriebe gelten soll - obwohl es dort erfahrungsgemäß die meisten Missstände gebe.

Vernetzte Unternehmen

Nach eigenen Angaben ist der DRV mit unterschiedlichen Partnerunternehmen und -Organisationen vernetzt. Eine Liste der Unternehmungen, bei denen der DRV als Mitglied bzw. Gesellschafter tätig ist, eine Übersicht seiner Verbundpartner sowie eine kurze Vorstellung der Dienstleister und Technikunternehmen, mit denen der DRV kooperiert, ist [hier](#) abrufbar.

- **Mitglied/Gesellschafter.** Beispiele: [COPA](#), Forum Moderne Landwirtschaft, Grain Club
- **Verbundpartner.** Beispiele: Bausparkasse Schwäbisch Hall, [Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken](#) (BVR), Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV) , DZ Bank AG, R+V Versicherung AG, Union Investment Gruppe

- **Dienstleister und Technik.** Beispiele: VR Payment ,DG Nexolution eG, geno kom Werbeagentur

Vernetzung mit dem Deutschen Bauernverband

Laut [Satzung des DRV](#) kann dessen Präsidium den Präsidenten des [Deutschen Bauernverbands](#) (DBV) und bis zu 2 Repräsentanten des bäuerlichen Berufsstandes hinzuwählen. Aktuell (März 2024) ist Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied Präsidiumsmitglied des DRV, der seinerseits dem DBV als ordentliches Mitglied angehört. Beide Organisationen arbeiten eng zusammen, so bei der [Verbändeallianz zur Beibehaltung der Regelungen für den Agrardiesel](#), der [Strategie 2030 der deutschen Milchwirtschaft](#) und der [Aktualisierten Futtermittelvereinbarung im QM-Milch-System ab 1. Januar 2024](#).

Baywa AG

Der DRV ist eng mit der Baywa AG, dem umsatzstärksten Agrarhandelsunternehmen Deutschlands^[30], verbunden, die über ihr Aufsichtsratsmitglied [Monika Hohlmeier](#) (Parlamentarische Geschäftsführerin der CSU-Europagruppe) einen besonderen Zugang zum EU-Parlament hat. Größte Aktionäre der Baywa sind die Bayerische Raiffeisen-Beteiligungs AG und die österreichische Raiffeisen Agrar Invest AG.^[31] Zu den Mitglieder des Aufsichtsrats gehören Wilhelm-Joseph Oberhofer, Mitglied des Vorstands der Raiffeisenbank Kempten Oberallgäu EG und der Bayerischen Raiffeisen-Beteiligungs AG sowie Michael Göschelbauer, Landwirt und Aufsichtsratsvorsitzender der RWA Raiffeisen Ware Austria AG. Die Baywa ist Mitglied des DRV; ihr Vorstandsvorsitzender Marcus Pöllinger ist Mitglied des DRV-Präsidiums.^[32]

Das Aufsichtsratsmitglied [Monika Hohlmeier](#) sprach sich 2022 in einer Videokonferenz mit oberfränkischen Kreisbäuerinnen und Kreisobmänner gegen die Vorschläge der EU-Kommission aus, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren.^[33] Pflanzenschutzmittel werden auch von Baywa vertrieben. Bereits 2019 hatte sie ein Treffen von Vertretern des Bayerischen Bauernverbands und des Landesbauernverbands mit Spitzenbeamten aus der Generaldirektion Umwelt, die für die Novellierung der Düngeverordnung zuständig waren, vermittelt.^[34] Bei Veranstaltungen des Bayerischen Bauernverbands tritt sie auch als Rednerin auf.^[35]

Das Bundeskartellamt hat 2020 Bußgelder in Höhe von insgesamt 154,6 Mio.Euro gegen sieben Großhändler von Pflanzenschutzmitteln und deren Verantwortliche wegen Absprachen über Preislisten, Rabatte und einige Einzelpreise beim Verkauf an Einzelhändler und Endkunden in Deutschland verhängt, wovon 69 Mio. Euro auf die Baywa entfallen.^{[36][37]} Zu den Geschädigten der Großhändler gehören auch Bauern, denen ein genossenschaftlich organisiertes Unternehmen wie die Baywa ihrem Anspruch nach nicht schaden sollte, insbesondere wenn der Präsident des Deutschen Bauernverbands bei ihr im Aufsichtsrat sitzt. Laut Vorstandsvorsitzendem Marcus Pöllinger war die Baywa zwar von Anfang an eine Aktiengesellschaft, wurzelt jedoch im Genossenschaftswesen und dessen Wertekanon.^[38] Inzwischen haben Tausende von Bauern über eine Sammelklage Schadenersatzforderungen geltend gemacht.^[39]

Mitgliedschaften (Auswahl)

- [Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband](#) (DGRV), der die gemeinsamen Interessen der Genossenschaften in Deutschland und Europa vertritt. Die Mitgliedschaft im DGRV ist in § 3 der Satzung festgeschrieben. DRV-Präsident Holzenkamp ist Vorsitzender des Verwaltungsrats (Präsident) des DGRV
- [Deutscher Bauernverband](#)
- [Lebensmittelverband Deutschland](#)

- Grain Club (Mitglieder sind die folgenden Verbände: DRV, DER AGRARHANDEL, Deutscher Verband des Großhandels mit Ölen, Fetten und Ölrohstoffen sowie Verband der ölsaattverarbeitenden Industrie in Deutschland)
- Bundesverband d. dt. Bioethanolwirtschaft
- [Forum Moderne Landwirtschaft](#) (Netzwerk aus allen Bereichen der Land- und Ernährungswirtschaft sowie vor- und nachgelagerten Bereichen wie Agrarchemie und Lebensmittelhandel)
- German Export Association for Food and Agriproducts (GEFA)
- i.m.a - information.medien.agrar
- Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen
- Union der Deutschen Kartoffelwirtschaft
- Verband der Deutschen Milchwirtschaft
- Verband Deutscher Weinexporteure
- European Dairy Association
- [COPA-CEGECA](#)
- Bundesmarktverband für Vieh und Fleisch
- Zentrale Koordination Handel-Landwirtschaft e.V. (ZKHL)

Organisation

Mitglieder/Mitgliederversammlung

Direkte Mitglieder des DRV sind u.a. fünf Regionalverbände und regionale Zentralen der verschiedenen Sparten (Stand: 31.12.2022).^[40] Die einzelnen Genossenschaften sind Mitglieder in einem der Regionalverbände, die die gesetzlich vorgeschriebene Pflichtprüfung durchführen und die Unternehmen intensiv beraten. Die 1.693 Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften in der deutschen Raiffeisen-Organisation (Stand 31.12.2022) setzen sich wie folgt zusammen: 1.119 ländliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften (zzgl. 507 Agrargenossenschaften), 62 Kreditgenossenschaften mit Warengeschäft und 5 Hauptgenossenschaften.^[41] In den Warensparten arbeiten: 251 Bezugs- und Absatzgenossenschaften, 156 Milchgenossenschaften, 74 Vieh- und Fleischgenossenschaften, 77 Obst-, Gemüse- und Gartenbaugenossenschaften, 144 Winzergenossenschaften, 57 Agrargenossenschaften, 417 sonstige Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften, z.B. Bioenergie-, Windpark-, Forstwirtschaftliche Genossenschaften. Die Mitgliederversammlung wählt das Präsidium.

Präsident

DRV-Präsident ist seit 07/2017 der landwirtschaftliche Unternehmer Franz-Josef Holzenkamp, der in den folgenden weiteren Gremien präsent ist:

- Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV), Vorsitzender des Verwaltungsrats (Präsident)
- AGRAVIS Raiffeisen AG und Raiffeisendruckerei GmbH, Vorsitzender des Aufsichtsrats
- DG Nexolution eG., Mitglied des Aufsichtsrats
- Deutsche Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Gesellschaft e.V., Vorsitzender des Kuratoriums
- VLI Verbindungsstelle Landwirtschaft-Industrie e.V., Mitglied im erweiterten Vorstand^[42]

Der seit Jahren als Agrarlobbyist tätige Landwirt war außerdem bis 2017 CDU-Bundestagsabgeordneter, agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied im Bundestagsausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, in dem die Weichen für die Agrarpolitik gestellt werden. Holzenkamp war als

Bundestagsabgeordneter für den Bereich zuständig, für den er als Unternehmer und Lobbyist aktiv war. Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung hat er bei der geplanten Änderung der Düngeverordnung Formulierungshilfe für einen Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD geleistet und dafür gesorgt, dass die Forderung nach einer „bedarfsgerechten Düngung“ aufgenommen wurde.^[43] Fast zeit- und wortgleich habe der Bauernverband in einer Anhörung kritisiert, dass der Landwirt bei einer Änderung der Verordnung nicht mehr die "bedarfsgerechte Düngung" der Pflanzen anwenden könne, sondern sich immer schärferen Grenzwerten unterordnen müsse.

Präsidium

Laut [Satzung](#) besteht das Präsidium aus: dem Präsidenten, Vertretern eines jeden Genossenschaftsverbandes, bis zu 14 Vertretern der verschiedenen Fachbereiche der genossenschaftlichen Warenwirtschaft, einem Vertreter der Agrargenossenschaften, bis zu 6 Vertretern aus den Bundeszentralen sowie anderen Unternehmen und Organisationen. Unter den Mitgliedern sollen sich Repräsentanten des bäuerlichen Berufsstandes befinden. Das Präsidium kann den Vorsitzenden des Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbands (DGRV), den Präsidenten des [Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken](#), den Präsidenten des [Deutschen Bauernverbands](#) und bis zu 2 Repräsentanten des bäuerlichen Berufsstandes hinzuwählen.

Geschäftsführung

Die Mitglieder der Geschäftsführung sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- Jörg Migende, Hauptgeschäftsführer, zuständig für die Geschäftsbereiche Finanzen, Public Affairs, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Vorstandsvorsitzender der Raiffeisen-Stiftung
- Thomas Memmert, zuständig für die Geschäftsbereiche Verbindungsbüro Brüssel, Tierische Veredlung (Milch, Futter, Vieh und Fleisch); [COGECA](#)-Vizepräsident

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Genossenschaften - gestern, heute, morgen](#), raiffeisen.de, abgerufen am 21.03.2024
2. ↑ [Aufruf zur Bauerndemo für Agrardiesel](#), bauernverband.de vom 15.12.2023, abgerufen am 03.04.2024
3. ↑ [Leitlinien für die Vereinbarkeit des Genossenschaftswesens mit dem Kartellrecht, November 2021](#), bundeskartellamt.de, abgerufen am 16.03.2024
4. ↑ [Was zeichnet eine Genossenschaft aus](#), bmj.de, abgerufen am 21.03.2024

5. ↑ [Leitlinien für die Vereinbarkeit des Genossenschaftswesens mit dem Kartellrecht, November 2021](#), bundeskartellamt.de, abgerufen am 16.03.2024
6. ↑ [Genossenschaften - gestern, heute, morgen](#), raiffeisen.de, abgerufen am 24.03.2024
7. ↑ [Struktur der Flächennutzung](#), umweltbundesamt.de vom 17.11.2023, abgerufen am 03.04.2024
8. ↑ [Die deutsche Agrarlobby: verfilzt, intransparent und wenig am Gemeinwohl orientiert](#), nabu.de vom 29.04.2019, abgerufen am 03.04.2024
9. ↑ [Eintrag Lobbyregister](#), lobbyregister.de, abgerufen am 22.03.2024
10. ↑ [Personen](#), raiffeisen.de, abgerufen am 22.03.2024
11. ↑ [Parlamentarischer Abend Mittelstand](#), raiffeisen.de vom 21.03.2024, abgerufen am 29.03.2024
12. ↑ [Eintrag im EU Transparenzregister](#), ec.europa.eu, abgerufen am 22.03.2024
13. ↑ [Eintrag im EU Transparenzregister](#), ec.europa.eu, abgerufen am 22.03.2024
14. ↑ [EU-Verordnung Pflanzenschutzmittel: Leistungen und Kosten beachten!](#), wirtschaftsdienst.eu, Heft 12/2023, abgerufen am 31.03.2024
15. ↑ [Europäische Kommission zieht Reform des EU-Pflanzenschutzrechts zurück](#), europa.rlp.de vom 09.02.2024, abgerufen am 31.03.2024
16. ↑ [Stellungnahme zu einem Vorschlag der EU-Kommission für eine Verordnung über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln](#), raiffeisen.de vom 19.09.2022, abgerufen am 31.03.2024
17. ↑ [Eklat in Straßburg: EU-Pflanzenschutzverordnung scheitert im Parlament](#), agrarheute.de vom 21.11.2023, abgerufen am 31.03.2024
18. ↑ [Europäische Kommission zieht Reform des EU-Pflanzenschutzrechts zurück](#), europa.rlp.de vom 09.02.2024, abgerufen am 31.03.2024
19. ↑ [Von der Leyen zur EVP-Spitzenkandidatin für Europawahl gewählt](#), tagesschau.de vom 07.03.2024
20. ↑ [EU-Ausschuss lehnt Gesetz zur Wiederherstellung der Natur ab](#), euractiv.de vom 25.05.2023, abgerufen am 31.03.2024
21. ↑ [Umweltminister beerdigen wichtiges EU-Gesetz](#), agrarheute.com vom 26.03.2024, abgerufen am 02.04.2024
22. ↑ [Zweifel an dem Gesetz bleiben](#), raiffeisen.de vom 12.07.2023, abgerufen am 31.03.2024
23. ↑ [Umweltminister beerdigen wichtiges EU-Gesetz](#), agrarheute.com vom 26.03.2024, abgerufen am 02.04.2024
24. ↑ [Kanzler hält an Koalition fest](#), sueddeutsche.de vom 17.06.2024, abgerufen am 26.06.2024
25. ↑ [Referentenentwurf des Bundesministeriums für Landwirtschaft und Forsten](#), bmel.de, abgerufen am 05.04.2024
26. ↑ [Kühe, Schweine, Zirkustiere: Was das neue Tierschutzgesetz vorsieht](#), rnd. vom 02.02.2024, abgerufen am 05.04.2024
27. ↑ [Kühe, Schweine, Zirkustiere: Was das neue Tierschutzgesetz vorsieht](#), rnd. vom 02.02.2024, abgerufen am 05.04.2024
28. ↑ [DRV-Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes und des Tiererzeugnisse-Handels-Verbotsgesetzes](#), raiffeisen.de vom 01.03.2024, abgerufen am 05.04.2024
29. ↑ [Entwurf für ein neues Tierschutzgesetz enttäuscht](#), tierschutzbund.dee vom 02.02.2024, abgerufen am 05.04.2024
30. ↑ [Konzernfinanzbericht 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 06.03.2024
31. ↑ [Konzernfinanzbericht 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 22.05.2024
32. ↑ [Präsidium](#), raiffeisen.de, abgerufen am 22.05.2024
33. ↑ [EU-Kommissionsvorschlag beim Pflanzenschutz in der Diskussion](#), bayerischerbauernverband.de vom 21.10.2022, abgerufen am 09.04.2024
34. ↑ [Bauernverband in Brüssel](#), lbv-bw.de, abgerufen am 9.04.2024

35. ↑ [Öffentliche Kreisversammlung Gastrednerin MdEP Monika Hohlmeier](#), bayerischerbauernverband.de vom 12.03.2023, abgerufen am 09.02.2024
36. ↑ [Bußgelder gegen Großhändler von Pflanzenschutzmitteln wegen wettbewerbswidriger Abstimmung von Preislisten, Rabatten und Einzelpreisen](#), bundeskartellamt.de vom 13.01.2020, abgerufen am 07.03.2024
37. ↑ [Der Aufstand der betrogenen Bauern](#), merkur.de vom 04.04.2023, abgerufen am 07.03.2024
38. ↑ [„Wir können viel zum Positiven verändern“ - Nachhaltigkeitsbericht 2022](#), baywa.com, abgerufen am 07.03.2024
39. ↑ [Der Aufstand der betrogenen Bauern](#), merkur.de vom 04.04.2023, abgerufen am 07.03.2024
40. ↑ [Organisation](#), raiffeisen.de, abgerufen am 22.03.2024
41. ↑ [Genossenschaften - gestern, heute, morgen](#), raiffeisen.de, abgerufen am 22.03.2024
42. ↑ [Vita](#), raiffeisen.de, abgerufen am 12.01.2024
43. ↑ [Wie Lobbyisten bestimmen, was wir essen](#), sueddeutsche.de vom 15.09.2017, abgerufen am 24.03.2024

Deutscher Bauernverband

Der **Deutsche Bauernverband** e.V. (DBV) mit Sitz in Berlin ist als Spitzenverband der deutschen Landwirtschaft einer der mächtigsten Lobbyorganisationen Deutschlands. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und andere führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Aufgrund hoher EU-Agrarsubventionen kommt der Lobbyarbeit bei den EU-Institutionen eine Schlüsselrolle zu. Der DBV war sowohl in Deutschland als auch bei der EU erfolgreich darin, seine Interessen über Ämterakkumulation seines Spitzenpersonals und genutzte Drehtüreffekte direkt im agrarpolitischen Entscheidungssystem (Agrarausschuss des Bundestags und Landwirtschaftsministerium) zu vertreten.^[1]

Vorschläge der EU, die Vergabe von Subventionen mit Auflagen zur Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes, der Naturwiederherstellung und des Immissionsschutzes von Tierställen zu verknüpfen, lehnt der Bauernverband ab.^[2] Es handle sich um einen Ansatz, der wirtschaftliche Fragen wie die Wettbewerbsfähigkeit der Agrarbranche weitgehend außer Acht lasse.

Deutscher Bauernverband



Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Dachverband der deutschen Landwirtschaft
Gründungsdatum	1948
Hauptsitz	10117 Berlin, Claire-Waldoff-Str. 7
Lobbybüro	10117 Berlin, Claire-Waldoff-Str. 7
Lobbybüro EU	B-1050 Brüssel, Rue de Luxembourg 47-51
Webadresse	www.bauernverband.de

Inhaltsverzeichnis

1	Lobbystrategien und Einfluss	13
1.1	Subventionen und Lobbyismus	13
1.2	Besondere Aktionsmöglichkeiten bei der Interessendurchsetzung	13
1.3	Deutschland	14
1.4	Brüssel	16
1.5	Seitenwechsel	16
2	Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik	16
3	Vernetzung mit dem Deutschen Raiffeisenverband	17
4	Baywa AG	17
5	Führende Netzwerker der Agrarlobby	18
5.1	Stefan Köhler	18
5.2	Franz-Josef Holzenkamp	19
6	Fallbeispiele und Kritik	19
6.1	2025: Ehemalige Landvolkvertreterin soll neue Tierschutzbeauftragte werden	19
6.2	2024: Bayerns Bauernpräsident Felßner sollte Agrarminister werden	19
6.3	2024: Verschiebung/ Entschärfung der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte	20
6.4	2024: Ablehnung des novellierten Düngegesetzes (DüngG)	20
6.5	2023: EU Exportweltmeister bei Lebensmitteln	22
6.6	2023/2025: Bauernverband gegen EU-Naturschutzpläne	22
6.7	2020: Corona-Pandemie als Vorwand	23
6.8	2018: Ablehnung der Lebensmittelampel	23
7	Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	23
7.1	Präsident - Joachim Rukwied	23
7.2	Vorstand	24
7.3	Präsidium	24
7.4	Generalsekretär	25
7.5	Fachausschüsse	25
7.6	Mitgliedschaften (Auszug)	25
8	Neuere Interessenvertretungen im Agrarbereich	25
8.1	Industrieverband Agrar e.V. (IVA)	25
8.2	Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft	26
8.3	Bundesverband Deutscher Milchviehhalter	26
8.4	Solidarische Landwirtschaft	26
8.5	Freie Bauern	27
8.6	Landwirtschaft verbindet Deutschland	27
9	Weiterführende Informationen	27
10	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	27
11	Einzelnachweise	28

Lobbystrategien und Einfluss

Subventionen und Lobbyismus

Die Lobbyarbeit ist wegen der hohen Agrarsubventionen von großer Bedeutung für den Deutschen Bauernverband. Die deutsche Landwirtschaft wird von der EU mit jährlich knapp 7 Milliarden Euro subventioniert, was nach Schätzungen einem Anteil von bis zu 50 % des jährlichen Einkommens der deutschen Landwirte entspricht.^[3] In Deutschland stellt das Bundesfinanzministerium für den Haushalt 2023 Subventionen (Steuervergünstigungen und Finanzhilfen) von rd. 2,65 Mrd. Euro zur Verfügung.^[4] Zusätzliche vier Milliarden wendet die Bundesregierung für landwirtschaftliche Renten und Krankenkassen auf.^[5] Insgesamt erhalten die deutschen Bauern im Schnitt jährlich über 40.000 Euro Subventionen, Beihilfen, Zuschüsse und Erleichterungen.^[6]

Die Direktzahlungen der EU sind zunehmend an ökologische Leistungen gekoppelt worden, was von vielen Bauern als Überregulierung wahrgenommen und von der Agrarlobby abgelehnt wird. Zur Umsetzung ihrer Umwelt- und Klimaziele entwickelte die EU eine „Farm to Fork“-Strategie für nachhaltige Lebensmittelsysteme, die vom Bauernverband wie folgt kommentiert wird: "Die vorgelegten Vorschläge zur Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes, der Naturwiederherstellung und des Immissionsschutzes von Tierställen atmen den Geist bürokratischer Auflagen, die zentral von Brüssel auf die Mitgliedstaaten und auf die Landwirte einwirken sollen."^[7] Das Pestizidgesetz, das der Umsetzung der Strategie dienen sollte, ist am Widerstand der Europäischen Volkspartei, der CDU und CSU angehängt, gescheitert.^[8] Beim Renaturierungsgesetz wurden fast alle Anforderungen an die Landwirtschaft gestrichen.

Eine vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft im Auftrag von Greenpeace erstellte [Kurzstudie](#) vom Januar 2024 zeigt den Spielraum auf, der beim Abbau umweltschädlicher Subventionen genutzt werden muss, um Anreize für eine sozial gerechte Agrar- und Ernährungswende zu setzen und eine umwelt- und klimaverträgliche Land- und Forstwirtschaft gezielt zu fördern.

Besondere Aktionsmöglichkeiten bei der Interessendurchsetzung

Die Traktordemonstrationen im Januar 2024 zeigen nach Auffassung der Süddeutschen Zeitung, dass die Bauern (neben den Lokführern) eine physische Lahmlegungsmacht und Breitenwirkung besitzen, die anderen Berufsgruppen so nicht zu Gebote stehen.^[9] Bei Kampagnen kann sich der DBV auf ein außergewöhnlich breites Bündnis nahestehender Organisationen stützen. So wandten sich im Vorfeld einer Großdemonstration von Bauern für den Erhalt der Agrardiesel-Subventionen über 30 Verbände mit einem gemeinsamen Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden von Union, FDP, Grüne und SPD, deren Haushaltspolitiker sowie die Mitglieder des Landwirtschafts- und Umweltausschusses, in dem sie die Forderungen der Protestierenden unterstützten.^[10]

Diese sog. Verbände-Allianz besteht (neben dem Bauernverband) aus:

- [Deutscher Raiffeisenverband e.V.](#)
- [Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e.V.](#)
- [Der Agrarhandel e.V.](#)
- [Bund deutscher Baumschulen e.V.](#)
- [Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft e.V.](#)
- [Industrieverband Agrar e.V.](#)

- Zentralverband Gartenbau e.V.
- Verband der Ölsaatenverarbeitenden Industrie e.V.
- Union der Deutschen Kartoffelwirtschaft e. V.
- Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e.V.
- Bundesvereinigung der Erzeugerorganisationen Obst und Gemüse e.V.
- Bundesverband Rind und Schwein e.V.
- Bundesverband der Deutschen Weinkellereien e.V.
- Deutsche Fruchthandelsverband e.V.
- Milchindustrieverband e.V.
- Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands e.V.
- Deutscher Kartoffelhandelsverband e.V.
- Deutscher Verband Tiernahrung e.V.
- Deutscher Weinbauverband e.V.
- Familienbetriebe Land und Forst e.V.
- Deutscher Forstwirtschaftsrat e.V.
- Deutscher Jagdverband e.V.,
- Deutscher Fischerei-Verband e.V.
- Deutscher LandFrauenverband e.V.
- Interessengemeinschaft Genossenschaftliche Milchwirtschaft
- Bundesverband Lohnunternehmen e.V.
- Bundesverband bäuerlicher Hähnchenerzeuger e.V.
- Verband Deutscher Putenerzeuger e.V.
- LandBauTechnik – Bundesverband e.V.
- Bundesverband Ei e.V.
- Bund der Deutschen Landjugend e.V.
- Bundesausschuss Obst und Gemüse

Deutschland

Bundestagsausschüsse

Über seine Repräsentanz in den maßgeblichen Bundestagsausschüssen und seinen Einfluß in den Parteien, insbesondere der [CDU](#), steuert der DBV die Ausgestaltung der Agrar-, Ernährungs- und Umweltpolitik in Deutschland. Dem Verband ist es immer wieder gelungen, staatliche Initiativen zum Schutz von Verbrauchern und Tieren sowie der Umwelt zu verhindern bzw. zu verwässern. Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung (SZ) hatten 2017 13 der 17 Vertreter aus CDU/CSU im Bundestagsausschuss Ernährung und Landwirtschaft einen Bezug zur Branche.^[11] Entsprechend groß sei der Widerstand gegen strengeres Düngerecht, gegen Beschränkungen der Massentierhaltung, gegen strengere Luftreinholdungsvorgaben für Ställe, gegen ein Verbot von Glyphosat oder gegen verbesserte Tierschutzgesetze. In den letzten Jahren ist der Einfluss von Verbandspolitikern im Agrarausschuss etwas zurückgegangen.

Die folgenden Landwirte und/oder Vorstandsmitglieder von landwirtschaftlichen Interessenverbänden sind Mitglieder im „Bundestagsausschuss für Ernährung und Landwirtschaft“ (Agrarausschuss). Teils wurden in der Vergangenheit Interessenkonflikte selbst angezeigt.

- Hermann Färber, Landwirt, MdB (CDU) und Vorsitzender im Agrarausschuss sowie Mitglied im „Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit“, war bis 12.04.2022 Vorsitzender des Kreisbauernverbands Göppingen (danach weiter Ehrenvorsitzender) und bis 12.07.2022 Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands des Landesbauernverbands Baden-Württemberg (danach weiterhin ehrenamtliches Mitglied in dessen Beirat).^[12] Nach Angaben von abgeordnetenwatch meldete Färber einen Interessenkonflikt bei dem Unionsantrag "Die wertvollen ökologischen Leistungen unserer Wälder anerkennen und ein entsprechendes Vergütungssystem für Waldbewirtschaftung schaffen", bei dem er Berichterstatter war.^[13] In einer Fußnote der Beschlussempfehlung heiße es: "Abg. Hermann Färber erklärte, dass er mit seiner Familie einen landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaftete. Sein Geschäftsanteil an diesem Betrieb betrage 25 Prozent. Der Betrieb verfüge über einen Waldeigentum von aktuell 4 800 Quadratmetern (qm) Wald."
- Artur Auernhammer, Landwirt, MdB (CSU) und Mitglied im Agrarausschuss, ist Vorsitzender des Vorstands des Bundesverbands BioEnergie (assoziiertes Mitglied bzw. Fachverband des Deutschen Bauernverbands). Für seine Tätigkeit erhält er 500 Euro monatlich.^[14] Laut abgeordnetenwatch ging es am 18. Januar 2023 im Agrarausschuss um einen Antrag der Unionsfraktion, an dessen Entstehung Auernhammer nach eigenen Angaben mitgewirkt hatte.^[15] Darin forderten Auernhammer und seine Fraktion "Ausnahmemöglichkeiten für landwirtschaftliche Betriebe in roten Gebieten". Das seien Flächen, in denen das Grundwasser einen hohen Nitratgehalt aufweist und deswegen die Düngung stark eingeschränkt ist. Zu Beginn der Sitzung habe Auernhammer erklärt, sein landwirtschaftlicher Betrieb liege mit den gesamten Flächen in einem „roten Gebiet“, also auf genau jenen Flächen, für den sein Antrag Ausnahmen verlange.
- Gero Clemens Hocker, Sprecher für Landwirtschaft und Ernährung der FDP-Bundestagsfraktion, MdB (FDP) und Mitglied im Agrarausschuss, ist Präsident des Deutschen Fischerei-Verbands sowie Mitglied des Vorstands des Forums Grüne Vernunft (beide Organisationen sind assoziierte Mitglieder des Deutschen Bauernverbands).^[16] Der Abgeordnete und Verbandsvertreter wurde mehrfach im Landwirtschaftsministerium vorstellig, um die Interessen seiner Branche zu vertreten, worin Timo Lange von LobbyControl einen handfesten Interessenkonflikt sieht.^[17] Die Süddeutsche Zeitung berichtete 2020, dass Mitarbeiter Hockers Lobbyisten für Facebook-Talks mit dem FDP-Agrarpolitiker für einige Tausend Euro verkauft haben sollen.^{[18][19]} Das Geld sei nicht an Hocker geflossen, sondern an Feinschliff-Consulting, eine Beratungsfirma., deren Inhaber seine Abgeordnetenbüros leiteten. Hocker betonte, der Vorwurf, er nehme als Abgeordneter politischen Einfluss im Sinne seiner zahlenden Talkgäste sei „vollständig konstruiert“. Die Beratungsfirma ist darauf hin aufgelöst worden.^[20]

Parteitage

Nach eigenen Angaben ist die Präsenz auf Parteitag ein wichtiger Baustein in der politischen Arbeit des DBV, um mit politischen Entscheidungsträgern intensiv ins Gespräch zu kommen und Sichtweisen sowie Forderungen des Berufsstandes zielgerichtet zu platzieren.^[21] Die Vertreter des Bauernverbandes sind auf Parteitag der CDU, SPD, FDP und der Grünen präsent.

Lobbyausgaben/Lobbyist:innen

Im deutschen Lobbyregister gibt der Deutsche Bauernverband an (Stand: 27.08.2025):

- im Jahr 2024 4.930.001 bis 4.940.000 € für seine Lobbytätigkeit auszugeben und
- 20,59 Lobbyist:innen zu beschäftigen. ^[22]

Zusammengenommen geben der Deutsche Bauernverband (DBV), seine 18 Landesverbandsmitglieder sowie der [Deutsche Raiffeisenverband](#) und der Bundesverband Landwirtschaftlicher Fachbildung (vlf) ^[23] jährlich etwa 7.650.016 € für Lobbyarbeit aus und beschäftigen 64,26 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalente). ^[24] Hierbei sei angemerkt, dass diese Lobbyausgaben lediglich die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung betreffen und keine Lobbyaktivitäten auf Landesebene umfassen. Für die Berechnung wurde jeweils der für das entsprechende Jahr angegebene kleinere Betrag bzw. die kleinere angegebene Anzahl genommen. Zur Einordnung sei ebenfalls erwähnt, dass auch weitere Kreis- und Regionalbauernverbände auf Bundesebene lobbyieren, hier jedoch aufgrund von teils unplausiblen Angaben im Lobbyregister nicht mitberücksichtigt wurden.

Brüssel

Auf europäischer Ebene bestimmen mittlerweile insbesondere der "European Green Deal" und die daraus resultierende "Farm-to-Fork-Strategie" den rechtlichen Rahmen für die landwirtschaftliche Praxis auf den Betrieben. ^[25] Diese hat durch Kommissionsvorschläge konkrete Auswirkungen auf die Umwelt- und Klimapolitik sowie auf die Thematik Pflanzenschutz. Auch Tierhaltung, Marktpolitik, ländliche Entwicklung, neue Züchtungsmethoden, ökologische Landwirtschaft und Verbraucherschutz sind wichtige Politikbereiche der Lobbyarbeit in Brüssel.

Leiter der Geschäftsstelle Brüssel (Internationale Beziehungen), die Lobbyarbeit auf EU-Ebene übernimmt, ist Florian Dalstein. Der DBV beschäftigt 3 Lobbyisten auf EU-Ebene (Vollzeitäquivalent: 2,5). Davon ist eine Person beim [Europäischen Parlament](#) akkreditiert. Seit 2014 hat der Verband an 24 Treffen der [EU-Kommission](#) teilgenommen (Stand: Dezember 2021). Das EU-Transparenzregister führt Lobby-Ausgaben des DBV in Höhe von 200.000-299.999 € im Jahr 2022 auf. ^[26] Bei der EU-Lobbyarbeit nutzt der DBV auch seine Mitgliedschaft in dem europäischen Agrar-Dachverband [COPA](#), dessen Präsident Joachim Rukwied war.

Seitenwechsel

- Peter Schwarz, Landwirt, seit 29.06.2022 Minister für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein, war bis 2022 Vizepräsident des Deutschen Bauernverbands und Präsident des Bauernverbands Schleswig-Holstein ^[27]

Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik

Der im Januar 2024 als Reaktion auf die Bauernproteste eingeleitete „Strategische Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft in der EU“ war ein neues Forum, mit dem eine gemeinsame Vision für die Zukunft der Landwirtschaft in der EU gestaltet werden sollte. ^[28] Der strategische Dialog brachte wichtige Interessenträger aus der gesamten Lebensmittelkette zusammen, darunter Landwirtinnen und Landwirte, Genossenschaften, Agrar- und Lebensmittelunternehmen und ländliche Gemeinschaften, sowie Nichtregierungsorganisationen, Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft und von Finanzinstitutionen und Hochschulen. Mitglieder waren 29 Personen als Vertreter ihrer Organisationen. Nach Angaben des DBV waren mit dem Europäischen Bauernverband COPA, dem Europäischen

Genossenschaftsverband COGECA, dem Europäischen Arbeitgeberverband GEOPA-COPA und den Europäischen Junglandwirten CEJA vier direkt der Landwirtschaft zugeordnete Personen beteiligt.^[29] Hinzu seien diverse Verbände des nachgelagerten Sektors, NGO und Wissenschaftler gekommen. Vorsitzender war Prof. Strohschneider. Am 4. September 2024 erhielt Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den [Abschlussbericht](#). In diesem sprach sich das Forum etwa dafür aus, Betriebe gezielter zu fördern und Landwirte höher zu belohnen, wenn sie umweltgerecht wirtschaften.^[30] Der DBV begrüßte zwar, dass die EU-Kommission dem Grundsatz eines tieferen Dialogs über die Zukunft der Landwirtschaftspolitik mehr Bedeutung beimisst.^[31] Es müsse jedoch intensiv nachgearbeitet werden. Der neue EU-Agrarkommissar Christophe Hansen griff Empfehlungen des Berichts auf.^[32] Künftig sollen stärker Landwirte unterstützt werden, die es wirklich nötig hätten und solche, die aktiv zur Ernährungssicherheit, zur wirtschaftlichen Vitalität der Betriebe und zur Erhaltung unserer Umwelt beitragen. Neue und bestehende Gesetze sollten einem Praxis-Check unterzogen werden. Feste Ziele für den Umweltschutz wird es nicht mehr geben, was als Abschied vom Green Deal interpretiert werden kann.^[33]

Vernetzung mit dem Deutschen Raiffeisenverband

Der Deutsche Raiffeisenverband (DRV) ist der politische Spitzenverband aller Genossenschaften und genossenschaftlich orientierten Unternehmen der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft. Laut [Satzung des DRV](#) kann dessen Präsidium den Präsidenten des Deutschen Bauernverbands und bis zu 2 Repräsentanten des bäuerlichen Berufsstandes hinzuwählen. Aktuell (März 2024) ist Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied Präsidiumsmitglied des DRV, der seinerseits dem DBV als ordentliches Mitglied angehört. Beide Organisationen arbeiten eng zusammen, so bei der [Verbändeallianz zur Beibehaltung der Regelungen für den Agrardiesel](#), der [Strategie 2030 der deutschen Milchwirtschaft](#) und der [Aktualisierten Futtermittelvereinbarung im QM-Milch-System ab 1. Januar 2024](#).

Baywa AG

Die Baywa AG ist ein internationaler Konzern mit den Geschäftsfeldern Energie, Agrar und Bau. Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im Segment Agrar ist die Erfassung und der Vertrieb von landwirtschaftlichen Erzeugnissen sowie die Versorgung landwirtschaftlicher Kunden mit Betriebsmitteln. Im Jahr 2022 lag der weltweite Umsatz des Unternehmens bei rund 27,1 Mrd. Euro.^[34] Baywa ist das umsatzstärkste Agrarhandelsunternehmen Deutschlands.^[35] Größte Aktionäre der Baywa sind die Bayerische Raiffeisen-Beteiligungs AG und die Leipnik-Lundenburger Invest Beteiligungs AG, deren Haupteigentümer die Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien sowie die Raiffeisenbank International sind.^{[36][37]} Mitglied des Aufsichtsrats sind u.a.: Wilhelm-Josef Oberhofer, Mitglied des Vorstands der Raiffeisenbank Kempten Oberallgäu EG und der Bayerischen Raiffeisen-beteiligungs-AG, Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbands und [Monika Hohlmeier](#), Mitglied des Europäischen Parlaments (CSU/EVP). Die Baywa ist Mitglied des Bayerischen Bauernverbands, des Landesbauernverbands Baden-Württemberg sowie des Sächsischen Landesbauernverbands und des Deutschen Raiffeisenverbands, der dem Deutschen Bauernverband angehört.^[38]

Die Baywa AG hat 2024 rund 1,6 Milliarden Euro Verlust eingefahren. Grund dafür seien Abschreibungen auf Beteiligungen wie die an der Ökoenergie-Tochtergesellschaft Baywa r.e. Das Sanierungskonzept sieht u.a. den Abbau von 1 300 Vollzeitstellen vor.^{[39][40]} "Für die Dauer der Sanierung bestehe ein bestandsgefährdendes Finanzierungsrisiko und ein damit einhergehendes bestandsgefährdendes Liquiditätsrisiko für die Fähigkeit der BayWa AG und ihrer Tochtergesellschaften zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit."^[41]

Das Bundeskartellamt hat 2020 Bußgelder in Höhe von insgesamt 154,6 Mio.Euro gegen sieben Großhändler von Pflanzenschutzmitteln und deren Verantwortliche wegen Absprachen über Preislisten, Rabatte und einige Einzelpreise beim Verkauf an Einzelhändler und Endkunden in Deutschland verhängt, wovon 69 Mio. Euro auf die Baywa entfallen.^{[42][43]} Zu den Geschädigten der Großhändler gehören auch Bauern, denen ein genossenschaftlich organisiertes Unternehmen wie die Baywa ihrem Anspruch nach nicht schaden sollte, insbesondere wenn der Präsident des Deutschen Bauernverbands bei ihr im Aufsichtsrat sitzt. Laut Vorstandsvorsitzendem Marcus Pöllinger war die Baywa zwar von Anfang an eine Aktiengesellschaft, wurzelt jedoch im Genossenschaftswesen und dessen Wertekanon.^[44] Inzwischen haben Tausende von Bauern über eine Sammelklage Schadenersatzforderungen geltend gemacht.^[45] Klageführerin ist die Unilegion GmbH in München. Der Bayerische Bauernverband, in dem die Baywa Mitglied ist, hält eine Sammelklage für ein geeignetes Instrument, um deutlich unterschiedliche Kräfteverhältnisse der Parteien vor Gericht auszugleichen.

Das Aufsichtsratsmitglied Monika Hohlmeier sprach sich 2022 in einer Videokonferenz mit oberfränkischen Kreisbäuerinnen und Kreisobmänner gegen die Vorschläge der EU-Kommission aus, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren.^[46] Pflanzenschutzmittel werden auch von Baywa vertrieben. Bereits 2019 hatte sie ein Treffen von Vertretern des Bayerischen Bauernverbands und des Landesbauernverbands mit Spitzenbeamten aus der Generaldirektion Umwelt, die für die Novellierung der Düngeverordnung zuständig waren, vermittelt.^[47] Bei Veranstaltungen des Bayerischen Bauernverbands tritt sie auch als Rednerin auf.^[48]

Führende Netzwerker der Agrarlobby

Stefan Köhler

Seit 2017 ist Köhler Präsident des Bauernverbandes Unterfranken und damit auch Mitglied der Präsidentenkonferenz des bayerischen Bauernverbandes. Er betreibt einen Einzelbetrieb mit Mutterkuhhaltung: 70 Mutterkühe + Nachzucht und seit 1994 Ackerbau, ca. 20 % werden ökologisch bewirtschaftet.^[49]

2024 wurde er ins europäische Parlament gewählt (CSU in der EVP-Fraktion). Er sitzt in folgenden Ausschüssen:

- Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI)
- Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI)
- Petitionen (PETI)

Mit 144.832 Euro an Nebeneinkünften pro Jahr steht Stefan Köhler an 7. Stelle der 720 Mitglieder des Europäischen Parlaments. In seinem Lebenslauf sind über 20 Aktivitäten als ehrenamtlicher Richter, Mitglied, Vorsitzender, Berichterstatter usw. aufgeführt.^[50]

Köhler bezieht nach eigenen Angaben als Bezirkspräsident mehr als 50.000 Euro jährlich vom Bayerischen Bauernverband (BBV). Der BBV wies darauf hin, dass Köhler seit August "deutlich weniger"

Aufwandsentschädigungen erhalte und einige Verantwortlichkeiten abgegeben habe.^[51] Es drohen Interessenskonflikte besonders, wenn die Mitglieder des Bauernverbandes in Ausschüssen sitzen, die über Themen entscheiden, die direkt mit der Nebentätigkeit verbunden sind, warnt die Politikwissenschaftlerin Wiebke Marie Junk von der Universität Kopenhagen.^[51]

Franz-Josef Holzenkamp

Der landwirtschaftliche Unternehmer **Franz-Josef Holzenkamp** ist seit 07/2017 Präsident des **Deutschen Raiffeisenverbands** (DRV), der dem DBV als Mitglied angehört. Weiterhin ist er Vorsitzender des Aufsichtsrats der AGRAVIS Raiffeisen AG und der Raiffeisendruckerei GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats der DG Nexolution eG., Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Gesellschaft e. V. und Mitglied im erweiterten Vorstand der VLI Verbindungsstelle Landwirtschaft-Industrie e.V.^[52] Der seit Jahren als Agrarlobbyist tätige Landwirt war außerdem bis 2017 CDU-Bundestagsabgeordneter, agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied im Bundestagsausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, in dem die Weichen für die Agrarpolitik gestellt werden. Holzenkamp war als Bundestagsabgeordneter für den Bereich zuständig, für den er als Unternehmer und Lobbyist aktiv war. Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung hat er bei der geplanten Änderung der Düngeverordnung Formulierungshilfe für einen Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD geleistet und dafür gesorgt, dass die Forderung nach einer „bedarfsgerechten Düngung“ aufgenommen wurde.^[11] Fast zeit- und wortgleich habe der Bauernverband in einer Anhörung kritisiert, dass der Landwirt bei einer Änderung der Verordnung nicht mehr die "bedarfsgerechte Düngung" der Pflanzen anwenden könne, sondern sich immer schärferen Grenzwerten unterordnen müsse.

Fallbeispiele und Kritik

2025: Ehemalige Landvolkvertreterin soll neue Tierschutzbeauftragte werden

Die **CDU**-Abgeordnete und Staatssekretärin im Bundeslandwirtschaftsministerium Silvia Breher wurde Anfang August von Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer (**CSU**) zur neuen Tierschutzbeauftragten ernannt.^[53] Tierschutzverbände kritisieren die Ernennung von Breher, da sie aufgrund ihrer Rolle als Staatssekretärin im Ministerium keine kritische und unabhängige Stimme für die Tiere sein könne und der Posten zudem seine parteipolitische Unabhängigkeit verliere.^{[54][55]} Bis 2017 war Breher Geschäftsführerin des Kreislandvolkverbandes Vechta, dem Interessenverband der Landwirt:innen in ihrem Wahlkreis.^[56] Der Kreislandvolkverband Vechta arbeitet eng mit dem Landesbauernverband, dem **Deutschen Bauernverband** und dem Europäischen Bauernverband zusammen.^[57]

2024: Bayerns Bauernpräsident Felßner sollte Agrarminister werden

Günther Felßner ist Präsident des Bayerischen Bauernverbands, Vizepräsident des Deutschen Bauernverbands und kooptiertes Mitglied im Parteivorstand der CSU. Vor der Regierungsbildung 2025 wollte Markus Söder Felßner zum Bundeslandwirtschaftsminister machen. Nach Protestaktionen zog Felßner jedoch seine Bereitschaft zurück. Felßner stellte immer wieder wissenschaftliche Fakten zum Arten- und Klimaschutz in Frage und wurde 2018 wegen Gewässerverunreinigung in einem Wasserschutzgebiet zu einer Geldstrafe verurteilt. Er sieht sich selbst nicht als Lobbyist, denn er hält den Bayerischen Bauernverband (BBV) für "eine Denkfabrik für Lösungen für die ganze Gesellschaft". Der BBV hat satzungsgemäß den Auftrag, die Interessen seiner Mitglieder zu vertreten ist damit eine klassische Lobby-Organisation.

2024: Verschiebung/ Entschärfung der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte

Die [Verordnung für entwaldungsfreie Produkte](#) (Kurzbezeichnung: EUDR) soll einen EU-Rechtsrahmen gegen die global voranschreitende Zerstörung der Wälder schaffen und Anreize für den Übergang und Zugang zu nachhaltigen Lieferketten in allen Erzeugerländern innerhalb und außerhalb der EU ermöglichen.^[58] Laut Begründung der Verordnung hat die EU zwischen 1990 und 2008 ein Drittel der weltweit gehandelten landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die in Verbindung mit Entwaldung stehen, eingeführt und verbraucht. In diesem Zeitraum sei der Unionsverbrauch für 10 % der weltweiten Entwaldung im Zusammenhang mit der Erzeugung von Waren oder der Erbringung von Dienstleistungen verantwortlich gewesen. Mit der EUDR gelten unternehmerische Sorgfaltspflichten für den Handel mit Soja, Ölpalme, Rindern, Kaffee, Kakao, Kautschuk und Holz sowie daraus hergestellten Erzeugnissen.^[59] Die Verordnung ist am 29. Juni 2023 in Kraft getreten.^[60]

Am 11. Juni 2024 forderte der Deutsche Bauernverband im ersten Schritt eine Aussetzung des Anwendungsbeginns und im zweiten Schritt eine Anpassung der Verordnung.^[61] Länder wie Deutschland, die keinen Waldabbau bzw. vielmehr einen Waldaufbau belegen können und weitreichende Waldgesetze einhalten, müssten von der Umsetzung auf Produzentenebene und jeglichen zusätzlichen Nachweisverfahren ausgeschlossen werden. Die Forderung nach Verschiebung wurde auch von zahlreichen anderen Verbänden - auch wegen behaupteter inhaltlicher und technischer Mängel - vorgetragen. Im September 2024 forderten zahlreiche einflussreiche EU-Abgeordnete - darunter Manfred Weber (CSU), Partei- und Fraktionsvorsitzender der ÖVP - von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) eine Verschiebung der Verordnung um mindestens ein Jahr.^[62] Die Grünen im EU-Parlament erklärten, dass jeder Vorschlag, das Gesetz zu verzögern oder abzuschwächen, ein schwerer Schlag für die Glaubwürdigkeit der EU und ihre Fähigkeit, Stabilität und Sicherheit zu bieten, wäre.^[63] Am 15. November 2024 hat das EU-Parlament der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Verschiebung der Verordnung um ein Jahr zugestimmt.^[64] Die EU-Mitgliedstaaten haben sich gegen die Forderung des Parlaments gestellt, die Anti-Entwaldungsverordnung nicht nur zu verschieben, sondern auch inhaltlich zu ändern.^[65] Rat und Parlament müssen sich nun in [Trilogverhandlungen](#) einigen.

2024: Ablehnung des novellierten Düngegesetzes (DüngG)

Der unkontrollierte Einsatz von Düngemitteln in der Landwirtschaft kann negative Auswirkungen auf Böden, Gewässer, Klima und die Biodiversität haben.^[66] Die diesbezüglichen Vorgaben der EU sind in der [EU-Nitratrichtlinie](#) geregelt, mit der die Nitrat-Werte im Wasser reduziert werden sollen. Die EU-Kommission hat 2013 ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, weil das deutsche Aktionsprogramm zur Umsetzung der Nitratrichtlinie nicht deren Vorgaben entsprach und Deutschland seiner Verpflichtung der Maßnahmenverschärfung nicht nachgekommen war.^[67] Im Juni 2018 folgte der Europäischen Gerichtshof in seinem Urteil allen Kritikpunkten der Kommission am deutschen Aktionsprogramm. Obwohl das deutsche Düngegesetz darauf hin mehrfach überarbeitet worden ist, hat die EU-Kommission 2019 ein Zweitverfahren gegen Deutschland eingeleitet.^[68] Nach einer weiteren Überarbeitung der Düngeverordnung forderte die Kommission im Juni 2021 nochmals Nachbesserungen.^[69] Nachdem das Düngegesetz (DüngG) am 31. Mai 2023 vom Kabinett beschlossen worden ist, hat die EU-Kommission das Vertragsverletzungsverfahren am 1. Juni 2023 eingestellt.^[70] Zur Umsetzung der EU-Vorgaben muss nach Auffassung des Bundeslandwirtschaftsministeriums in einem ersten Schritt das Düngegesetz geändert werden, das die

Rechtsgrundlage für die folgenden Verordnungen bildet: Düngerverordnung (DüV), Stoffstrombilanzverordnung (StoffBiV) - künftig Nährstoffbilanzverordnung - und die geplante Monitoringverordnung.^[71] Damit soll die Grundlage geschaffen werden, um das Verursacherprinzip bei der Bewertung von Stickstoffeinträgen zu stärken. Außerdem soll die Gesetzesänderung dazu führen, dass in Zukunft die Daten landwirtschaftlicher Betriebe über ihre Düngepraxis im Rahmen einer Monitoringverordnung nachvollzogen und bewertet werden können.

Die Änderung des DüngG ist am 6. Juni 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP und gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Gruppe Die Linke angenommen worden.^[72] Der Hauptstreitpunkt bei der Änderung des Gesetzes ist die verpflichtende belegbasierte Bilanzierung der Nährstoffflüsse eines Betriebs.^[73] Der DBV sah die Einigung der Regierungsfractionen beim Düngegesetz kritisch: „Die lange angekündigten Erleichterungen im Düngerecht für gewässerschonend wirtschaftende Betriebe in Roten Gebieten sind immer noch nicht auf den Weg gebracht. Zudem konnte sich die Regierungskoalition nicht darauf verständigen, die EU-rechtlich nicht geforderte Stoffstrombilanz zu streichen, sondern kündigt lediglich Erleichterungen an. Dies bringt keinen erkennbaren Nutzen für den Gewässerschutz, führt aber zu Bürokratie bei den Betrieben.“^[74] Ein Insider aus dem Bundesrat sagte gegenüber der taz, der Bauernverband wolle nicht, dass man künftig erkennen könne, wer das Problem der Überdüngung verursache.^[75] Denn dann könnten solche Betriebe bestraft werden, zum Beispiel durch Bußgelder

Am 5. Juli 2024 hat der Bundesrat die Neufassung des DünG abgelehnt.^[76] Elf der 16 Bundesländer haben mit der Begründung eines Übermaßes an Bürokratie gegen das Vorhaben gestimmt.^[77] In seiner Stellungnahme vom 6. Juni 2024 hatte der DBV erklärt: „Der Bundesrat ist nunmehr gefordert, die vielfach geforderte und auch von der EU-Kommission unterstützte Verursachergerechtigkeit mit Befreiungen für Betriebe in Roten Gebieten auf den Weg zu bringen. Zudem fordert der DBV die Bundesländer auf, als Zeichen des Bürokratieabbaus in der Landwirtschaft, die Stoffstrombilanz ersatzlos zu streichen.“^[78] Am 5. Juli 2024 begrüßte DBV-Präsident Rukwied die Ablehnung des DünG durch den Bundesrat: "Es ist richtig, dieses Gesetz noch einmal zu überarbeiten. Es gilt Gründlichkeit vor Schnelligkeit, zumal die von der EU-Kommission geforderten Punkte im Wesentlichen unstrittig sind.“^[79] Der [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#) (BDEW) hat dagegen für eine Zustimmung geworben: Nur mithilfe des Wirkungsmonitorings sowie der Stoffstrombilanzierung könne der Eintrag von Nitrat verursachergerecht identifiziert und somit Gewässer und Böden aktiv geschützt und erhalten werden.^[80] Der BDEW ist Teil der Aktion Agrar (weitere Beteiligte: BUND, DUH, DNR, Greenpeace, Grüne Liga, GNF, NABU, Ver.di und WWF), die essentielle Nachbesserungen im Düngegesetz fordern.^[81] Die Bundesregierung hat am 2. Oktober 2024 mitgeteilt, dass sie zur Änderung des DünG die Einberufung des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat verlangt.^[82]

Laut Bundeslandwirtschaftsministerium gibt es derzeit keine Basis, um im Sinne der Landwirtschaft erfolgreich mit der EU-Kommission über eine weitergehende Maßnahmendifferenzierung verhandeln zu können.^[83] Es bestehe zudem die Gefahr, dass die EU-Kommission erneut ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen Nichtumsetzung des ihr zugesagten Monitorings und wegen Nichtumsetzung der EU-Düngeprodukteverordnung eröffne.

2023: EU Exportweltmeister bei Lebensmitteln

Der Bauernverband fordert regelmäßig, die Bürokratie abzubauen - insbesondere im Hinblick auf Naturschutzauflagen - , um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Auch sei die Existenz der Bauern durch Billigeinfuhren bedroht. Dazu EU-Kommissionssprecher Olof Gill auf eine taz-Anfrage ^[84] "Die EU ist der größte Agrar- und Lebensmittelexporteur der Welt. Die Nummer zwei, die USA, liegt mit großem Abstand hinter uns." Im Jahr 2023 exportierte die EU Agrar-Produkte im Wert von 229 Milliarden Euro nach Großbritannien, in die USA und nach China. Der Handelsüberschuss betrug 70 Milliarden Euro. ^[85] "Der Wert unserer Rindfleischexporte ist doppelt so hoch wie der der Importe. Das nützt unseren Bauern.", so Gill. Die sensiblen Sektoren der Landwirtschaft würden geschützt. So darf z.B. trotz CETA - [Comprehensive Economic and Trade Agreement](#) -Vertrag mit Kanada kein mit Hormonen erzeugtes Rindfleisch eingeführt werden. 2023 konnte Kanada seine Export-Quote nach Europa nur zu 3% ausschöpfen. Bauernvertreter hatten gewarnt, dass das Abkommen den Wettbewerbsdruck erhöhen würde.

2023/2025: Bauernverband gegen EU-Naturschutzpläne

Der „Green Deal“ der EU sieht im Gesetzesvorschlag zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law ^[86]), der am 22.6.2023 dem EU-Umweltausschuss vorgelegt wurde, u.a. vor, dass bis 2030 auf 10 % der landwirtschaftlichen Fläche Natur wieder hergestellt werden muss, der Pestizid-Eintrag reduziert und 30% der Moore in der Agrarlandschaft wieder vernässt werden sollen. ^[87]

In seiner Grundsatzrede am Bauerntag ^[88], 28.6.2023, lehnt DBV-Präsident Rukwied die zentralen Naturschutzvorhaben der EU-Kommission ab. Die pauschalen Vorgaben und Verbote der Sustainable Use Regulation und des Nature Restoration Law würden in erster Linie zahlreiche Betriebe in ihrer Existenz gefährden und zu einer Verringerung der landwirtschaftlichen Erzeugung in Europa führen.

Der Mediengruppe Bayern gegenüber äußert sich Rukwied folgendermaßen: „... vor allem zwei Vorschläge aus Brüssel. Da geht es einmal um das Thema Pflanzenschutzmittel-Reduktion. Kommt die EU damit durch, würden die landwirtschaftlichen Erzeugungsmengen deutlich zurückgehen und die Abhängigkeit vom Ausland zunehmen. Ganze Flächen müssten aus der Bewirtschaftung genommen werden beziehungsweise auf diesen könnten Pflanzenschutzmittel nicht mehr eingesetzt werden. Das Zweite ist eine Naturschutz-Gesetzgebung, mit der zehn Prozent unserer Flächen für den Naturschutz reserviert werden müssten. Damit würden die Landwirte weitere Erzeugung verlieren. Zudem käme dieser Vorschlag letztlich einem Eingriff in Eigentumsrechte sehr nahe.“ ^[89]

Martin Hofstetter, Agraringenieur von Greenpeace, wirft Rukwied eine bewusste Fehlinterpretation vor. Die 10% der naturnahen Flächen könnten z.B. aus selten gemähten Wiesen oder Feldgehölzen bestehen. Laut dem Entwurf müssen somit keine Flächen stillgelegt werden, da es stattdessen um die biologisch vielfältige Gestaltung dieser gehe. Zudem sei die Ernährungssicherheit nicht gefährdet, so wie es Rukwied andeutete. Deutschland sei Getreideexporteur und es gebe eine Überproduktion an Getreide und Fleisch. ^[90]

Obwohl das EU-Parlament noch Ende Februar 2024 einen Trilog-Kompromiss zum Naturschutzgesetz mit knapper Mehrheit angenommen hatte, fand dieser im März 2024 unter den EU-Umweltministern überraschend keine Mehrheit, weil Ungarn kurzfristig vom Ja- ins Nein-Lager wechselte. ^[91] Die belgische EU-Präsidentschaft setzte den Punkt daher kurzerhand von der Tagesordnung ab. Das bereits als gescheitert betrachtete Gesetz fand im Juni 2024 im EU-Umweltrat doch noch eine Mehrheit, weil die grüne österreichische Umweltministerin Leonore Gewessler im Namen der Regierung mit Ja stimmte, was ihr Regierungspartner ÖVP für rechtswidrig hält. ^[92]

In einem Brief an Kanzleramtsminister Frei (CDU) im Juli 2025 haben der „Deutsche Bauernverband“, die „Familienbetriebe Land und Forst“ und der Verband „Die Waldeigentümer“ sich einer Forderung von acht CDU geführten Agrarministerien angeschlossen. Die Forderung lautet, das Renaturierungsgesetz vollständig aufzuheben. Die Land- und Forstwirtschaft werde massiv belastet und vor dem Hintergrund der „Krisen- und Kriegssituation in Europa“ sei die Versorgung der Bevölkerung nicht sichergestellt.^[93]

2020: Corona-Pandemie als Vorwand

Die Lobbyisten vieler Industriezweige verpacken alte Forderungen neu oder nutzen die Corona-Krise, um bereits getroffene Vereinbarungen infrage zu stellen, obwohl es in vielen Fällen keinen Zusammenhang mit dem Gesundheitsnotstand gibt. Darüber berichtet Corporate Europe Observatory: Der Bauernverband hat weniger strenge Umweltvorschriften zur Nitratverschmutzung gefordert, die zum Schutz des Grundwassers erlassen wurden. Die Organisation behauptet, laxere Regeln seien notwendig, um die notwendigen Vorräte zu sichern, obwohl es keine Anzeichen für eine Verknappung gibt. Die deutschen Großbauern wehren sich seit Jahren gegen die EU-Vorschriften zur Nitratverschmutzung. Die EVP im Europäischen Parlament hat den Vorschlag unterstützt.^[94]

2018: Ablehnung der Lebensmittelampel

Laut Pressemeldung vom 18. Juni 2018 lehnt der DBV die Forderung der Verbraucherminister der Länder nach einer Lebensmittelampel ab.^[95] Diese hatten von der Bundesregierung eine bessere Kennzeichnung von Zucker, Fett und Salz auf Lebensmittelverpackungen gefordert.^[96]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Lt. EU Transparenzregister ist der DBV als landwirtschaftlicher Spitzenverband ein Verband der Verbände. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und andere führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Als ordentliche Mitglieder gehören dem DBV die 18 Landesbauernverbände, der [Deutsche Raiffeisenverband](#) (DRV) und der Bundesverband Landwirtschaftliche Fachbildung an.^[97] [Assoziierte Mitglieder](#) sind 44 Verbände und Organisationen, die thematisch vom Gartenbau über die Tierzucht bis zum Waldbesitz die große Vielfalt rund um die Landwirtschaft vertreten, und über diese Einbindung an der Arbeit des DBV mitwirken.

Der Organisationsplan des DBV ist [hier](#) abrufbar.

Präsident - Joachim Rukwied

Präsident [Joachim Rukwied](#), selbständiger Landwirt und Weinbauer, saß für die CDU sowohl im Kreistag des Landkreises Heilbronn als auch im Gemeinderat Eberstadt.^[98] Er ist (Stand: November 2023):

- Vorsitzender des Verbands Baden-Württembergischer Zuckerrübenanbauer e. V.
- Mitglied des Vorstands des Verbands Süddeutscher Zuckerrübenanbauer e. V.
- Mitglied des Vorstands der Süddeutschen Zuckerrübenverwertungs-Genossenschaft eG
- Präsident des Landesbauernverbands in Baden-Württemberg e. V.
- Mitglied des Präsidiums des Deutschen Raiffeisenverbands e.V.
- Mitglied des Vorstands der Zentralen Koordination Handel-Landwirtschaft e.V.

- Vorstandsvorsitzender des Forums Moderne Landwirtschaft e.V., dem auch Glyphosat-Hersteller angehören
- Vertretungsberechtigte Person des Hauptstadtbüros Bioenergie (ein Gesellschafter ist der DBV)
- Mitglied des Aufsichtsrats: Südzucker AG, Baywa AG, LAND-DATA GmbH, Messe Berlin GmbH, Buchstelle Landesbauernverband Baden-Württemberg GmbH
- Mitglied des Verwaltungsrats: Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Landwirtschaftliche Rentenbank, LBV-Unternehmensberatungsdienste GmbH
- Mitglied des Rundfunkrats des Südwestrundfunks (SWR)

Quellen: ^[99]^[100]

Der Bauernverbandsvorsitzende Rukwied unterläuft immer wieder abgestimmten Vorschläge. So forderte er auf dem Dt. Bauerntag in Cottbus am 26./27.Juni 2024 die Rücknahme von Düngemittelgesetz, Tierschutzgesetz u.a. Die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte stehe in Frage und die Ernährungssicherheit für Deutschland sei gefährdet. Das Tierschutzgesetz würde dem „letzten Schweinehalter das Licht ausknipsen (...) Die Vorschläge zum Pflanzenschutz würden den Ackerbau ad absurdum führen. In Berlin hat man noch nicht erkannt, wie wichtig Landwirtschaft ist, wie wichtig Ernährungssicherung ist“ ^[101]

Vorstand

Der Vorstand besteht aus dem Präsidenten sowie bis zu fünf Vizepräsident:innen. Die Vorstandsmitglieder sind [hier](#) abrufbar. Nach Recherchen der Neuen Osnabrücker Zeitung waren/sind vier Vorstandsmitglieder als Politiker aktiv. ^[102] Joachim Rukwied saß für die CDU sowohl im Kreistag des Landkreises Heilbronn als auch im Gemeinderat Eberstadt. Für die CSU ist [Günther Felßner](#) Kreisrat im Nürnberger Land, Susanne Schulze Bockeloh gehört der CDU-Ratsfraktion Münster an, Detlef Kurreck sitzt für die Wählergemeinschaft Bastorf im Gemeinderat Bastorf.

Präsidium

Das Präsidium des DBV setzt sich aus dem Vorstand, den Landesbauernpräsidenten, den beiden Bundesvorsitzenden der Deutschen Landjugend, der Präsidentin des Deutschen Landfrauenverbandes sowie dem Generalsekretär zusammen. Assoziierte Mitglieder werden zu den Sitzungen beratend hinzugezogen. Die etwa 20 Präsidiumsmitglieder des DBV oder ihre Unternehmen erhielten im Haushaltsjahr 2022/23 insgesamt mehr als 2,6 Millionen Euro EU-Subventionen. Das zeigt eine Recherche in der Datenbank [Agrarzahlungen](#) der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung. Die taz ^[103] hat die Zahlungen folgendermaßen aufgeschlüsselt:

Spitzenbezieher war im Jahr bis Ende Oktober 2023 mit ungefähr 1 Million Euro die Universal-Agrar GmbH, bei der der Präsident des Thüringer Bauernverbands, Klaus Wagner, als Geschäftsführer und Gesellschafter fungiert. Auf Platz zwei liegt mit rund 470.000 Euro die AGW Agrarwirtschaftsgesellschaft Worin von Henrik Wendorff, dem Chef des Bauernverbands Brandenburg. DBV-Präsident Joachim Rukwied bekam knapp 100.000 Euro EU-Subventionen. Im Schnitt 145.000 Euro erhielt jedes der 18 Präsidiumsmitglieder, denen die taz Betriebe in der Datenbank zuordnen konnte. Das ist bedeutend mehr als die 22.000 Euro, die der

durchschnittliche Empfänger in Deutschland bekam. Bei Rukwied z.B. kommen 97% der Zahlungen aus den Direktzahlungen pro Hektar. AbL-Bundesgeschäftsführerin Xenia Brand kritisierte, der Bauernverband verhindere, dass die Flächenprämien zugunsten von Zahlungen für konkrete ökologische Leistungen der Bauern umgeschichtet werden. „Da wichtige Akteure in der Spitze des Deutschen Bauernverbandes stark von der bisherigen Flächen-prämie profitieren, verwundert es nicht, dass sie so vehement die Qualifizierung dieser Gelder blockieren.“ (zitiert nach ^[103])

Generalsekretär

Generalsekretär ist Bernhard Krüsken (Stand: Januar 2024). ^[104]

Fachausschüsse

Die Fachausschüsse leisten die fachliche Vorarbeit für das Präsidium und haben eine beratende Funktion. Die Vorsitzenden und Geschäftsführer der Fachausschüsse sind [hier](#) abrufbar.

Mitgliedschaften (Auszug)

- [COPA-COGECA](#)
- Aktionsbündnis Forum Natur GbR
- Bundesmarktverband für Vieh und Fleisch
- Bundesverband Bioenergie
- Bundesverband der deutschen Bioethanolwirtschaft
- [Deutscher Forstwirtschaftsrat e.V.](#)
- [Forum Moderne Landwirtschaft](#), ein Netzwerk aus allen Bereichen der Landwirtschaft incl. Agrochemie, dessen Vorstandsvorsitzender DBV-Präsident Rukwied ist
- German Export Association for Food and Agriproducts (GEFA)
- Global Forum for Food and Agriculture Berlin
- [Information Medien Agrar](#) (i.m.a.)
- ifo Institut
- [Lebensmittelverband Deutschland](#)
- QM-Milch
- Union der deutschen Kartoffelwirtschaft
- Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen
- Verband der Deutschen Milchwirtschaft
- [World Farmer's Organisation](#)
- [Zentrale Organisation Handel-Landwirtschaft](#), eine Dialogplattform für Verbände und Organisationen aus der Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie dem Lebensmitteleinzelhandel

Neuere Interessenvertretungen im Agrarbereich

Industrieverband Agrar e.V. (IVA)

Der [Industrieverband Agrar e.V.](#) ist 1988 aus dem Zusammenschluss des Industrieverbands Pflanzenschutz mit drei Fachverbänden der Düngemittelindustrie entstanden. Er vertritt nach eigener Aussage die Interessen der Hersteller von „Betriebsmitteln für einen nachhaltigen Pflanzenbau in Deutschland“. Dabei geht es um Pflanzenschutz, Düngung, Biostimulanzen, Pflanzenzüchtung und Schädlingsbekämpfung.

Präsident: Michael Wagner, BASF SE, Limburgerhof

Hauptgeschäftsführer: Frank Gemmer

Die 47 Mitgliedsunternehmen (Stand 08/2025) finden sich hier ^[105]

Der Industrieverband Agrar ist Mitglied im Verband der chemischen Industrie (VCI).

Auf der Jahrespressekonferenz 2025 berichtet IVA-Präsident Wagner "von schrumpfenden Umsätzen im Pflanzenschutzmittel-Sektor (minus 9,1 Prozent) und stagnierenden Absätzen der Düngemittel-Produzenten."
„ ^[106]

Nach Angaben des Umweltbundesamtes sind in Deutschland sogar mehr Pestizidwirkstoffe erlaubt als in den Nachbarländern und die Zahl der sogenannten Notfallzulassungen, 64 im Jahr 2024, sei besonders hoch. ^[107]
Der Bauernverband und der IVA klagen stattdessen über die Schwierigkeiten, Pestizide auf den Markt zu bringen, und dass zu wenig Wirkstoffe zugelassen seien. Bundesagrarminister Alois Rainer (CSU) arbeitet daran, dass die „Zulassungssituation von Pflanzenschutzmitteln verbessert“ und für schnellere Verfahren durch „Verschlankung der behördlichen Zusammenarbeit“ gesorgt wird. ^[108]

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Die [Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.](#) (AbL) ist 1980 mit dem Ziel gegründet worden, die Interessen der kleineren und mittleren Betriebe wahrzunehmen. In der Stellungnahme zur EU-Wahl 2024 heißt es: „Wir brauchen europaweit viele und vielfältige Höfe und Bäuerinnen und Bauern mit ihrem Wissen und Können: für eine krisenfeste regionale Ernährung, für lebendige ländliche Räume, für Umwelt-, Klima- und Tierschutz.“^[109] Im AbL-Verlag erscheint das Jahrbuch [Der kritische Agrarbericht](#). Die ABL kooperiert mit dem Netzwerk [Solidarische Landwirtschaft](#) Am 06.01.2024 hat die AbL einen agrarpolitischen 6-Punkte Plan als "kurzfristige Reaktion auf die bäuerlichen Proteste" aufgestellt. [Datei:Agrarpolitischer 6-Punkteplan AbL.pdf](#)

Bundesverband Deutscher Milchviehhalter

Der [Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e.V.](#) (BDM) ist 1998 von Milcherzeugern gegründet worden, die sich durch den Deutschen Bauernverband nicht vertreten sahen. ^[110] Er will eine von Interessenkonflikten unabhängige Verbandsarbeit leisten – unabhängig von den Interessen anderer landwirtschaftlicher Sparten und unabhängig von parteipolitischen Interessen. ^[111] Der BDM steht für eine gesellschaftsverträgliche, nachhaltige und vielfältige Milchwirtschaft zum Nutzen aller. ^[112] Nach eigenen Angaben sind im BDM rund ein Drittel der deutschen Milcherzeuger organisiert, die etwa 40 Prozent der in Deutschland erzeugten Milch produzieren. ^[113] Der BDM ist Gründungsmitglied des [European Milk Board](#) (EMB).

Solidarische Landwirtschaft

Das 2011 gegründete Netzwerk [Solidarische Landwirtschaft e.V.](#) (Solawi) bezeichnet sich als einen Zusammenschluss von Menschen mit landwirtschaftlichem Hintergrund und Verbraucher:innen, die sich für die Verbreitung von Solidarischer Landwirtschaft einsetzen. ^[114] Es engagiere sich für die Erhaltung und Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft, in der Erzeuger:innen und Verbraucher:innen verbindlich zusammenarbeiten und Landwirtschaft als eine gesellschaftliche Verantwortung sehen. In der Solidarischen

Landwirtschaft tragen mehrere private Haushalte die Kosten eines landwirtschaftlichen Betriebes, wofür sie im Gegenzug dessen Ernteertrag erhalten, sie werden Ernte-Teilende.^[115] Partner sind: Ackersyndikat, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Kulturland e.G., Netzwerk gerechter Welthandel, Soziale Landwirtschaft (DASol) und Soziale Arbeit (DGSA), Regionalbewegung, Software für solidarische Landwirtschaft, World Wide Opportunities on Organic Farms - Deutschland. Eine eigenständige Arbeitsgemeinschaft im Netzwerk bilden die [Solawi Genossenschaften](#).

Freie Bauern

Die 2020 gegründete Initiative [Freie Bauern Deutschland GmbH](#) ist eine Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe in Deutschland auf der Grundlage einer zweckgebundenen GmbH. Gesellschafter sind lt. Eintrag beim Registergericht Halle/Saale: der Geschäftsführer Alfons-Josef Wolff (52 %), der [Bauernbund Brandenburg](#) e.V. (40 %) und Reinhard Jung (8 %). Die Initiative hat es im Februar 2024 abgelehnt, einen Aufruf gegen Demos mit Galgensymbolen und gegen Unterwanderung durch Rechtsradikale zu unterschreiben.^[116] Sie darf laut Beschluss des OLG Naumburg vom 20.09.2024 als „rechtspopulistisch“ bezeichnet werden.^[117]

Landwirtschaft verbindet Deutschland

Der Landesverein "Landwirtschaft verbindet Bayern e.V." gründete sich im Juni 2021 in Zusammenhang mit Bauerndemonstrationen gegen eine Verbotspolitik und ist nachfolgend als [Landwirtschaft verbindet Deutschland](#) und auch „LSV-Deutschland“ bekannt.^[118] Der Verein bezeichnet sich als Bewegung von deutschen Landwirten und Landwirtinnen, deren Existenz und Betriebe durch die Politik gefährdet sind.^[119] LSV-Deutschland darf laut Beschluss des OLG Naumburg vom 20.09.2024 als „rechtspopulistisch“ bezeichnet werden.^[120]

Weiterführende Informationen

- [Organisationsplan des Deutschen Bauernverbands](#)
- [Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung 2023](#)
- [Interview mit DBV-Präsident Rukwied zu den Folgen des Ukraine-Krieges: Auch Futter ernährt indirekt Menschen, taz vom 5.4.2022](#)
- [Verflechtungen und Interessen des Deutschen Bauernverbandes \(DBV\) April 2019, Auftraggeber: NABU Bearbeitung: Institut Arbeit und Wirtschaft](#)
- [Wie Lobbyisten bestimmen, was wir essen - Recherche der Süddeutschen Zeitung, September 2017](#)
- [Man kennt sich, man schätzt sich, man schützt sich, Auszug aus dem Kritischen Agrarbericht 2015](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Stefan Ewert: Lobbyismus im Agrarsektor, in: Handbuch Lobbyismus, Hrsg. Andreas Polk, Karsten Mause, Wiesbaden 2023, S. 779
2. ↑ [Die Farm-to-Fork-Strategie muss an die Realität angepasst werden](#), bauernverband.de vom April 2023, abgerufen am 12.01.2024
3. ↑ [Landwirtschaft Warum der Grund für die Wut der Bauern in Brüssel liegt](#), sueddeutsche.de vom 12.01.2024, abgerufen am 12.01.2024
4. ↑ [So finanziert der Bund seine Landwirt:innen](#), statista.com, abgerufen am 08.01.2024
5. ↑ [Landwirtschaft Warum der Grund für die Wut der Bauern in Brüssel liegt](#), sueddeutsche.de vom 12.01.2024, abgerufen am 12.01.2024
6. ↑ [Bauernproteste: Geht es den Landwirten wirklich so schlecht?](#), wdr.de vom 09.01.2024, abgerufen am 15.01.2024
7. ↑ [Die Farm-to-Fork-Strategie muss an die Realität angepasst werden](#), bauernverband.de vom April 2023, abgerufen am 12.01.2024
8. ↑ [Landwirtschaft Warum der Grund für die Wut der Bauern in Brüssel liegt](#), sueddeutsche.de vom 12.01.2024, abgerufen am 12.01.2024
9. ↑ [Die erpressbare Republik](#), sueddeutsche.de vom 12.01.2024, abgerufen am 13.01.2024
10. ↑ [Pressemitteilung des Deutschen Raiffeisenverbands vom 12.01.2024](#), raiffeisen.de, abgerufen am 15.01.2024
11. ↑ ^{11,011,1} [Wie Lobbyisten bestimmen, was wir essen](#), sueddeutsche.de vom 15.09.2017, abgerufen am 14.06.2019
12. ↑ [Hermann Färber](#), bundestag.de, abgerufen am 13.01.2024
13. ↑ [Wie Abgeordnete in eigener Sache Politik machen](#), abgeordnetenwatch.de vom 16.06.2023, abgerufen am 15.01.2024
14. ↑ [Artur Auernhammer](#), bundestag.de, abgerufen am 15.01.2024
15. ↑ [Wie Abgeordnete in eigener Sache Politik machen](#), abgeordnetenwatch.de vom 16.06.2023, abgerufen am 15.01.2024
16. ↑ [Gero Hocker](#), bundestag.de, abgerufen am 17.01.2024
17. ↑ [Die brisante Doppelrolle des FDP-Manns Gero Hocker](#), spiegel.de vom 27.01.2024, abgerufen am 29.01.2024
18. ↑ [Gefährliche Saat](#), sueddeutsche.de vom 11.08.2020, abgerufen am 18.01.2024
19. ↑ [Hocker: Kein Geld für Lobbyisten](#), wochenblatt-dlv.de vom 11.08.2020, abgerufen am 17.01.2024
20. ↑ [FDP-Beratungsfirma löst sich nach Vorwürfen auf](#), topagrar.com vom 11.08.2020, abgerufen am 17.01.2024
21. ↑ [DBV bei Parteitag](#), geschaeftsbericht.bauernverband.de, abgerufen am 14.01.2024
22. ↑ [Registereintrag "Deutscher Bauernverband e.V." - Lobbyregister beim Deutschen Bundestag](#) lobbyregister.de, abgerufen am 27.08.2025
23. ↑ [Deutscher Bauernverband e.V. - Mitglieder](#) bauernverband.de, abgerufen am 27.08.2025
24. ↑ [Lobbyregister beim Deutschen Bundestag](#) Die Berechnungen erfolgten auf Grundlage der Angaben im Lobbyregister (Stand: August 2025).
25. ↑ [EU und Internationales](#), bauernverband.de, abgerufen am 13.01.2024
26. ↑ [Transparenz-Register: Deutscher Bauernverband](#), ec.europa.eu, abgerufen am 08.01.2024
27. ↑ [Beruflicher Werdegang](#), schleswig-holstein.de, abgerufen am 15.01.2024
28. ↑ [Wichtigste Initiativen: Strategischer Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft](#), ec.europa, abgerufen am 07.03.2025

29. ↑ [Strategischer Dialog zur Zukunft der EU-Landwirtschaft](#), bauernverband.de, abgerufen am 07.03.2025
30. ↑ [Was Brüssel für die Bauern plant](#), tagesschau.de vom 19.02.2025, abgerufen am 07.03.2025
31. ↑ [Bauernverband zum Abschluss des strategischen Dialogs mit der Landwirtschaft in der EU](#), bauernverband.de vom 04.09.2024, abgerufen am 07.03.2025
32. ↑ [Was Brüssel für die Bauern plant](#), tagesschau.de vom 19.02.2025, abgerufen am 07.03.2025
33. ↑ [In der Landwirtschaft verabschiedet sich die EU vom Grünen Deal](#), sueddeutsche.de vom 19.02.2025, abgerufen am 08.03.2025
34. ↑ [Umsatz der Baywa](#), statista.com, abgerufen am 08.03.2024
35. ↑ [Konzernfinanzbericht 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 06.03.2024
36. ↑ [Unternehmensprofil Baywa](#), finanzen.net, abgerufen am 07.03.2024
37. ↑ [Unternehmen. Ili.at](#), abgerufen am 07.03.2024
38. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.de.bundestag.de, abgerufen am 07.03.2024
39. ↑ [taz vom 04.07.2025, Seite 8]
40. ↑ [baywa-ag...groesste-krise-der-unternehmensgeschichte](#) www.wallstreet-online vom 13.07.2025, abgerufen am 14.07.2025
41. ↑ [baywa-meldet-milliardenverlust.warnt-sanierungsrisiko](#)www.agrarheute.com vom 10.07.2025, abgerufen am 14.07.2025
42. ↑ [Bußgelder gegen Großhändler von Pflanzenschutzmitteln wegen wettbewerbswidriger Abstimmung von Preislisten, Rabatten und Einzelpreisen](#), bundeskartellamt.de vom 13.01.2020, abgerufen am 07.03.2024
43. ↑ [Der Aufstand der betrogenen Bauern](#), merkur.de vom 04.04.2023, abgerufen am 07.03.2024
44. ↑ [„Wir können viel zum Positiven verändern“ - Nachhaltigkeitsbericht 2022](#), baywa.com, abgerufen am 07.03.2024
45. ↑ [Der Aufstand der betrogenen Bauern](#), merkur.de vom 04.04.2023, abgerufen am 07.03.2024
46. ↑ [EU-Kommissionsvorschlag beim Pflanzenschutz in der Diskussion](#), bayerischerbauernverband.de vom 21.10.2022, abgerufen am 09.04.2024
47. ↑ [Bauernverband in Brüssel](#), lbv-bw.de, abgerufen am 9.04.2024
48. ↑ [Öffentliche Kreisversammlung Gastrednerin MdEP Monika Hohlmeier](#), bayerischerbauernverband.de vom 12.03.2023, abgerufen am 09.02.2024
49. ↑ [stefan-koehler](#) www.cducusu.eu, abgerufen am 21.12.2024
50. ↑ [STEFAN_KOEHLER](#)www.europarl.europa.eu, abgerufen am 21.12.2024
51. ↑ ^{51,051,1} [eu-parlament-nebeneinkuenfte-abgeordnete](#)www.zdf.de vom 12.12.2024, abgerufen am 21.12.2024
52. ↑ [Vita](#), raiffeisen.de, abgerufen am 12.01.2024
53. ↑ [BMLEH - Pressemitteilungen - Bundesminister Alois Rainer schlägt Silvia Breher als neue Tierschutzbeauftragte vor](#) bmleh.de, vom 08.08.2025, abgerufen am 15.08.2025
54. ↑ [CDU-Politikerin Breher soll neue Tierschutzbeauftragte werden](#) tagesschau.de, vom 08.08.2025, abgerufen am 15.08.2025
55. ↑ [Neue Tierschutzbeauftragte - Kritik wegen mutmaßlich mangelnder Unabhängigkeit](#) deutschlandfunk.de, vom 08.08.2025, abgerufen am 15.08.2025
56. ↑ [Landvolk-Geschäftsführerin Breher soll auf Holzenkamp folgen](#) agrarheute.com, vom 06.02.2017, abgerufen am 15.08.2025
57. ↑ [Kreislandvolkverband Vechta](#) klv-vechta.de, abgerufen am 15.08.2025
58. ↑ [Pressemitteilung vom 24.10.2024](#), abgerufen am 21.11.2024
59. ↑ [EU-weit einheitliche Regelungen für entwaldungsfreie Lieferketten](#), bmel.de vom 02.09.2024, abgerufen am 22.11.2024

60. ↑ [FAQ zum Zeitplan](#), ble.de, abgerufen am 21.11.2024
61. ↑ [EU-Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten](#), bauernverband.de, abgerufen am 21.11.2024
62. ↑ [EU-Kommission will Gesetz zum Schutz der Wälder aufheben](#), sueddeutsche.de vom 26.09.2024, abgerufen am 21.11.2024
63. ↑ [EU-Kommission will Gesetz zum Schutz der Wälder aufheben](#), sueddeutsche.de vom 26.09.2024, abgerufen am 21.11.2024
64. ↑ [Ministerin Gorißen: Richtige Entscheidung des Europäischen Parlaments zur weiteren Verschiebung der Entwaldungsverordnung](#), land.nrw, abgerufen am 21.11.2024
65. ↑ [EUDR: Rat stellt sich gegen Änderungswünsche des Parlaments](#), table.media vom 21.11.2024, abgerufen am 21.11.2024
66. ↑ [Düngemittel](#), umweltbundesamt.de vom 01.06.2022, abgerufen a, 24.11.2024
67. ↑ [EU-Nitratrichtlinie: Vertragsverletzungsverfahren eingestellt - hohe Vertragsstrafen abgewendet](#), bmel.de vom 01.06.2023
68. ↑ [EU-Nitratrichtlinie: Vertragsverletzungsverfahren eingestellt - hohe Vertragsstrafen abgewendet](#), bmel.de vom 01.06.2023
69. ↑ [EU-Nitratrichtlinie: Vertragsverletzungsverfahren eingestellt - hohe Vertragsstrafen abgewendet](#), bmel.de vom 01.06.2023
70. ↑ [EU-Nitratrichtlinie: Vertragsverletzungsverfahren eingestellt - hohe Vertragsstrafen abgewendet](#), bmel.de vom 01.06.2023
71. ↑ [Änderungen im Düngerecht](#), bmel.de vom 12.11.2024, abgerufen am 24.11.2024
72. ↑ [Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft 05.06.2024](#), abgerufen am 25.11.2024
73. ↑ [Die Endlosschleife ums Düngegesetz - Umweltkatastrophe mit Ansage](#), blogs.nabu.de vom 25.09.2024, abgerufen am 25.11.2024
74. ↑ [DBV kritisiert Einigung beim Düngegesetz](#), bauernverband.de vom 17.05.2024, abgerufen am 25.11.2024
75. ↑ [Union für Mist im Düngegesetz](#), taz.de vom 04.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
76. ↑ [Bundesrat lehnt Düngegesetz ab - weiterhin pauschale Einschränkungen statt Verursacherprinzip](#), info.bml vom 05.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
77. ↑ [Düngegesetz im Bundesrat gescheitert - jetzt drohen Strafzahlungen](#), agrarheute.com vom 05.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
78. ↑ [Bundestag lässt Chance zum Bürokratieabbau ungenutzt](#), bauernverband.de vom 06.06.2024, abgerufen am 25.11.2024
79. ↑ [Deutscher Bauernverband zu Düngegesetz](#), bauernverband.de vom 05.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
80. ↑ [Düngegesetz im Bundesrat gescheitert - jetzt drohen Strafzahlungen](#), agrarheute.com vom 05.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
81. ↑ [Düngegesetz im Bundesrat gescheitert - jetzt drohen Strafzahlungen](#), agrarheute.com vom 05.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
82. ↑ [Düngegesetz soll in den Vermittlungsausschuss](#), bundestag.de vom 08.10.2024, abgerufen am 25.11.2024
83. ↑ [Fragen und Antworten zum Düngerecht](#), bmel.de, abgerufen am 24.11.2024
84. ↑ [Europäische-Landwirtschaft taz](#) vom 17.06.2024, abgerufen am 26.06.2024
85. ↑ [eu-agri-food-exports-keep-growing...](#) agriculture.ec.europa.eu vom 25.06.2024, abgerufen am 29.07.2024
86. ↑ [European Commission, Factsheet, 22.06.2022](#), abgerufen am 30.06.2023

87. ↑ [EU-Parlament, Briefing, EU-Verordnung über die Wiederherstellung der Natur, 2022](#) abgerufen am 30.06.2023
88. ↑ [Presseportal DBV vom 28.06.2023](#) abgerufen am 30.06.2023
89. ↑ [Bauernpräsident: „EU-Pläne gefährden Ernährungssicherheit“](#) , abgerufen am 30.06.2023
90. ↑ [taz.de, Bauern gegen EU-Naturschutzpläne vom 29.06.2023](#) abgerufen am 30.06.2023
91. ↑ [Umweltminister beerdigen wichtiges EU-Gesetz, agrarheute.com vom 26.03.2024](#), abgerufen am 02.04.2024
92. ↑ [Kanzler hält an Koalition fest, sueddeutsche.de vom 17.06.2024](#), abgerufen am 26.06.2024
93. ↑ [Gesunde-Boeden-Gewaesser-Waeldertaz.de vom 14.07.2025](#), abgerufen am 17.07.2025
94. ↑ [Main actor: Bauernverband, German big farmers lobby corporateeurope.org, Corona Lobby Watch vom 01.05.2020](#), abgerufen am 18.02.2023
95. ↑ [Ernährungskompetenz fördern statt Ampeln fordern, bauernverband.de vom 18.06.2018](#), abgerufen am 11.01.2024
96. ↑ [Verbraucherminister wollen Fett, Zucker und Salz kennzeichnen, aber nicht mit einer Ampel, topagrar.com vom 19.06.2018](#), abgerufen am 25.07.2018
97. ↑ [Transparenz-Register: Deutscher Bauernverband, ec.europa.eu](#), abgerufen am 08.01.2024
98. ↑ [Nach Kritik aus dem Wittlager Land: Wer hinter dem Bauernverband steckt, noz.de vom 19.02.2024](#), abgerufen am 09.03.2024
99. ↑ [Lebenslauf und Tätigkeitsübersicht, suedzuckergroup.com](#), abgerufen am 14.11.2023
100. ↑ [Eintrag im Lobbyregister, lobbyregister.de](#), abgerufen am 14.11.2023
101. ↑ [rukwid-zum-bauerntagzdf.de vom 27.06.2024](#), abgerufen am 27.06.2024
102. ↑ [Nach Kritik aus dem Wittlager Land: Wer hinter dem Bauernverband steckt, noz.de vom 19.02.2024](#), abgerufen am 25.03.2024
103. ↑ ^{103,0103,1} [EU-Agrarsubventionen taz.de vom 07.06.2024](#), abgerufen am 07.06.2024
104. ↑ [Geschäftsstelle, bauernverband.de](#), abgerufen am 08.01.2024
105. ↑ [mitgliedsunternehmenwww.iva.de](#), abgerufen am 04.08.2025
106. ↑ [jahrespressekonferenz 2025www.iva.de](#), abgerufen am 04.08.2025
107. ↑ [Umweltbundesamt-zu-Kritik-der-Agrarlobbytaz.de vom 23.07.2025](#), abgerufen am 04.08.2025
108. ↑ [zulassung-pflanzenschutzmittelwww.bmlh.de, Pressemitteilung vom 19.07.2025](#), abgerufen am 04.08.2025
109. ↑ [EU Wahl, abl-ev.de](#), abgerufen am 02.07.2024
110. ↑ [Bundesverband, bdm-verband.de](#), abgerufen am 02.07.2024
111. ↑ [BDM - Leitlinien, bdm-verband.de](#), abgerufen am 02.07.2024
112. ↑ [BDM - Leitlinien, bdm-verband.de](#), abgerufen am 02.07.2024
113. ↑ [Bundesverband, bdm-verband.de](#), abgerufen am 02.07.2024
114. ↑ [Das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft e.V., solidarische-landwirtschaft.de](#), abgerufen am 02.07.2024
115. ↑ [Das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft e.V., solidarische-landwirtschaft.de](#), abgerufen am 02.07.2024
116. ↑ [Streit über Erklärung zu Bauernproteste, taz.de vom 20.02.2024](#), abgerufen am 10.10.2024
117. ↑ [Umstrittener Agrarverband verliert Klage, taz.de vom 09.10.2024](#), abgerufen am 10.10.2024
118. ↑ [Vorstand, lsvdeutschland.de](#), abgerufen am 02.07.2024
119. ↑ [Startseite, lsvdeutschland.de](#), abgerufen am 02.07.2024
120. ↑ [Umstrittener Agrarverband verliert Klage, taz.de vom 09.10.2024](#), abgerufen am 10.10.2024

COPA

Weiterleitung nach:

- [COPA-COGECA](#)

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken

Der **Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR)** ist der Spitzenverband der genossenschaftlichen Kreditwirtschaft in Deutschland. Mitglieder sind alle Genossenschaftsbanken - Volksbanken Raiffeisenbanken, Sparda-Banken, PSD-Banken, Kirchenbanken und Sonderinstitute -, genossenschaftliche Zentralbanken, die Unternehmen der FinanzGruppe sowie die genossenschaftlichen Prüfungsverbände. Mit 737 Instituten und 7.512 Bankstellen bilden die deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken eines der dichtesten Bankservicenetze Europas.^[1] Von ihren über 30 Millionen Kunden sind 17,95 Millionen zugleich Mitglieder.

Zweck des Verbandes sind die Förderung, Betreuung und Vertretung der fachlichen und der besonderen wirtschaftspolitischen und wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder und der diesen angeschlossenen Einrichtungen innerhalb des Bereiches der genossenschaftlichen Kreditwirtschaft (§ 3 der Satzung). Die Mitgliedschaft im Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV), dem Dachverband der deutschen Genossenschaftsorganisationen, ist in § 5 der Satzung festgelegt.

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR)

Rechtsform eingetragener Verein
m

Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der genossenschaftlichen Kreditwirtschaft

Gründungsdatum 1972

Hauptsitz Schellingstraße 4, 10785 Berlin

Lobbybüro
o

Lobbybüro EU Rue de l'Industrie 26- 38, 1010 Brüssel

Webadresse www.bvr.de
se

Inhaltsverzeichnis

1 Genossenschaften	33
2 Aufgaben	33
3 Unternehmen der Genossenschaftlichen Finanzgruppe Volksbanken und Raiffeisenbanken	33
4 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	34
4.1 Interessenvertretung in Deutschland	34
4.2 Europäische Interessenvertretung	34
4.3 Interessenvertretung durch Mitgliedsorganisationen	34
5 Mitgliedschaften (Auswahl)	35
6 Organe des BVR	36
6.1 Vorstand	36
6.2 Verbandsrat	36
6.3 Verwaltungsrat	36

6.4 Mitgliederversammlung	36
7 Fallbeispiele und Kritik	36
7.1 Lobbyisten in Ministerien	36
8 Weiterführende Informationen	36
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	36
10 Einzelnachweise	37

Genossenschaften

Nach § 1 des [Genossenschaftsgesetzes](#) ist der Zweck einer Genossenschaft darauf gerichtet, den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder oder deren soziale oder kulturelle Belange durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb zu fördern. Im Vordergrund steht der genossenschaftliche Förderzweck und nicht die Zahlung einer Rendite.^[2] Die von den genossenschaftlichen Spitzenverbänden vertretenen Genossenschaften betätigen sich in den Bereichen Banken (Genossenschaftliche FinanzGruppe, Volksbanken und Raiffeisenbanken), Agrar, Handel/Handwerk/Dienstleistungen sowie Konsum und sonstige Dienstleistungen. Die Fallpraxis des Bundeskartellamtes hat gezeigt, dass der Genossenschaft mit ihren Mitgliedern – trotz des genossenschaftlichen Identitätsprinzips – durchaus ein Handeln zu Lasten (eines Teils) der Mitglieder möglich ist.^[3]

Aufgaben

Zu den Aufgaben des BVR gehören:

- Interessenvertretung der Genossenschaftlichen FinanzGruppe
- Beratung und Unterstützung der Mitglieder in rechtlichen, steuerlichen und betriebswirtschaftlichen Fragen
- Beim BVR sind die Sicherungseinrichtung der genossenschaftlichen Finanzgruppe sowie die BVR Institutssicherung GmbH angesiedelt

Quelle: ^[4]

Unternehmen der Genossenschaftlichen Finanzgruppe Volksbanken und Raiffeisenbanken

Zu den Unternehmen der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken und Raiffeisenbanken gehören:

- Schwäbisch Hall
- R+V Versicherung
- Union Investment
- easyCredit
- DZ Bank
- DZ Privatbank
- VR Smart Finanz
- Münchener Hypothekenbank
- DZ HYP
- Reisebank

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Interessenvertretung in Deutschland

Im deutschen Lobbyregister gibt der BVR an, (Stand: 28.04.2023) im Jahr 2021 2.750.001 bis 2.760.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 71 bis 80 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[5] Der BVR ist Mitglied des [Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbands](#) (DGRV) und der [Deutschen Kreditwirtschaft](#), der Interessenvertretung der kreditwirtschaftlichen Spitzenverbände. Zu dieser haben sich der BVR, der [Bundesverband Deutscher Banken](#) (BDB), der [Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands](#) (VÖB), der [Deutsche Sparkassen- und Giroverband](#) (DSGV) sowie der Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdp) zusammengeschlossen.

Die jährlich stattfindenden Bankwirtschaftlichen Tagungen des BVR dienen dem Dialog von Bankvorständen aus der genossenschaftlichen FinanzGruppe mit Politik und Regulatoren. 2022 gehörten zu den Rednern Bundesfinanzminister Lindner und Sabine Mauderer, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank.^[6]

Cheflobbyist (Bereichsleiter Politik und FinanzGruppe) ist Jan Tibor Böttcher.

Der BVR ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand, die Parlamentarische Abende veranstaltet.^[7]

Europäische Interessenvertretung

Der BVR unterhält eine politische Verbindungsstelle in Brüssel, die die Aktivitäten in Berlin und Brüssel koordiniert. Er formuliert Erwartungen an die Bundesregierung sowie die EU-Institutionen, vertritt die eigenen Standpunkte in Gremien und knüpft Allianzen mit Partnern auf europäischer und deutscher Ebene.^[8] Dabei kooperiert der BVR als Mitglied mit der [Europäischen Vereinigung der Genossenschaftsbanken](#) (EACB) und dem European Banking Industry Committee (EBIC).

Auch im europäischen Transparenzregister ist der BVR eingetragen. Dort hat er für das Jahr 2021 1.500.000 bis 1.749.999 Euro Lobbyausgaben und 47 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 11,4) angegeben. Als eingeschaltete Lobbyagentur wird [Fleishman-Hillard](#) (Kosten: 100.000 Tsd. bis 199.999 Euro) genannt.^[9]

EU-Beauftragter ist Volker Heegemann, Leiter der Abteilung „Prudential, Banking Union & Legal Matters“ der Europäischen Vereinigung der Genossenschaftsbanken (EACB).^[10] Für den Zugang zu Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments akkreditiert sind Nadien Fetzer und Freya-Yvonne Gross.

Interessenvertretung durch Mitgliedsorganisationen

Ein großer Teil der Mitglieder betreibt - in Koordination mit dem BVR - eigene Lobbyaktivitäten. Über die Mitwirkung einer Vielzahl von spezialisierten und regional verankerten Unternehmen und Verbänden kann der BVR seine politischen Einflussmöglichkeiten weiter verstärken. Beispiele sind:

Verband der Sparda-Banken

Der Verband der Sparda-Banken e.V. ist ein überregional tätiger Genossenschaftsverband in der Rechtsform des eingetragenen Vereins, dem das Prüfungsrecht gesetzlich verliehen ist.^[11] Der mit der FDP und der CDU /CSU vernetzte [Verband](#) bündelt - in Zusammenarbeit und enger Abstimmung mit dem BVR sowie dem DGRV - die speziellen Interessen der Sparda-Banken gegenüber Bundestag und Bundesrat, der Bundesregierung sowie den europäischen Institutionen.^[12] Er ist Mitglied des BVR, des DGRV, des

Wirtschaftsrat der CDU, des [International Bankers Forum](#) und von [FrankfurtMainFinance](#).

Vorstandsvorsitzender des Sparda-Verbands ist Florian Rentsch, Mitglied der Bundesvorstands des [Wirtschaftsrat der CDU](#), 2014 bis 2017 Vorsitzender der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, 2012 bis 2014 Hessischer Minister für Wirtschaft, als solcher verantwortlich u.a. für den Finanzplatz Frankfurt sowie die Börsenaufsicht.^[13] Jascha Hausmann, Bereichsleiter Vorstand & Öffentlichkeitsarbeit, Vorsitzender der FDP Stadtverband Bensheim, war von 2014-2017 Justiziar und persönlicher Referent des Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag.^{[14][15]} [Markus Ferber](#), Mitglied des Europäischen Parlaments (CSU/EVP), und [Frank Schäffler](#), MdB (FDP) sind Mitglied des Zukunftsrats des Verbands der Sparda-Banken.

Joachim Würmeling, ehem. CSU-Politiker, seit 2016 Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, war zuvor Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Sparda-Banken.^[16]

R+V-Versicherung

Im deutschen Lobbyregister gibt die R+V-Versicherung an, (Stand: 22.02.2023), im Jahr 2022 1.490.001 bis 1.500.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 11 bis 20 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[17] Sie ist u.a. Mitglied im [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#) (GVR), [Wirtschaftsrat der CDU](#), [Wirtschaftsforum der SPD](#) und im Grünen Wirtschaftsdialog. [Florian Gerster](#) Gerster (SPD), Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM). Ex-Präsident der Bundesagentur für Arbeit, ist Berater der R+V-Versicherung für betriebliche Altersvorsorge.^[18]

Mitgliedschaften (Auswahl)

- Deutscher Raiffeisenverband (DRV)
- Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV)
- Arbeitsgemeinschaft [Die Deutsche Kreditwirtschaft](#)
- Europäische Vereinigung der Genossenschaftsbanken (EACB)
- Internationale Vereinigung der Genossenschaftsbanken (CIB)
- Internationale Raiffeisen Union (IRU)
- [EUROFI](#)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- Zentralverband des Deutschen Handwerks
- Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung
- Gemeinschaftsausschuss der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft
- [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW)
- Institut für Wirtschaftsforschung ifo
- [Arbeitsgemeinschaft Mittelstand](#)
- [Kangaroo Group](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)

Quellen: EU-Transparenzregister und deutsches Lobbyregister (Stand: 03/2023)

Organe des BVR

Vorstand

Die [Mitglieder des Vorstands](#) werden durch den Verwaltungsrat gewählt. Zu ihnen gehört Daniel Quinten, Vizepräsident der [Europäischen Vereinigung der Genossenschaftsbanken](#) (EACB), 2011-2013 Leiter der Abteilung Bankenaufsichtsrecht und internationale Bankenaufsicht bei der Deutschen Bundesbank

Verbandsrat

Die bis zu 49 [Mitglieder](#) werden von der Mitgliederversammlung gewählt

Verwaltungsrat

Der Verbandsrat bildet aus seiner Mitte einen Verwaltungsrat, dem 12 [Mitglieder](#) angehören (8 Vorstandsmitglieder von Kreditgenossenschaften, 3 Vorstandsmitglieder von Prüfungsverbänden und das Vorstandsmitglied der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank)

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist zuständig für alle Angelegenheiten des Verbandes, soweit sie nicht durch Gesetz oder Satzung anderen Organen übertragen sind. Am 01.01.2022 hatte der Verband 818 Mitglieder

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyisten in Ministerien

Ein Vertreter der [DZ-Bank](#) saß stellvertretend für den BVR im Finanzministerium.

Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen

Zeitraum	01.06.2007 - 15.03.2009 ^[19]
Mitarbeiter	Ein/e MitarbeiterIn der DZ Bank. Vermutlich war er, wie zuvor Vertreter vom Bundverband Deutscher Banken und Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands , für den Zentralen Kreditausschuss (Seit 2011: Deutsche Kreditwirtschaft) dort.
Bearbeitete Themen	Einsatz im Referat VII B 1

Weiterführende Informationen

- [Volksbanken: Back to Bodenständigkeit - Finanzwende, 30.04.2025](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Unser Genossenschaftsmodell](#), bvr.de, abgerufen am 18.05.2023
2. ↑ [Leitlinien für die Vereinbarkeit des Genossenschaftswesens mit dem Kartellrecht, November 2021](#), bundeskartellamt.de, abgerufen am 16.03.2024
3. ↑ [Leitlinien für die Vereinbarkeit des Genossenschaftswesens mit dem Kartellrecht, November 2021](#), bundeskartellamt.de, abgerufen am 16.03.2024
4. ↑ [Unsere Aufgaben im Überblick](#), bvr.de, abgerufen am 18.05.2023
5. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 19.05.2023
6. ↑ [Pressemitteilung vom 22.06.022](#), abgerufen am 20.05.2023
7. ↑ [Parlamentarischer Abend Mittelstand](#), raiffeisen.de vom 21.03.2024, abgerufen am 29.03.2024
8. ↑ [Unsere europäische Interessenvertretung](#), bvr.de, abgerufen am 18.05.2023
9. ↑ [Eintrag im EU Transparenzregister](#), ec.europa.eu, abgerufen am 19.05.2023
10. ↑ [Secretariat General](#), each.coop, abgerufen am 22.05.2023
11. ↑ [Transparenzbericht 2022](#), sparda-verband.de, abgerufen am 11.06.2023
12. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 21.05.2023
13. ↑ [Vorstand](#), sparda-verband.de, abgerufen am 23.05.2023
14. ↑ [Profil](#), linkedin.com, abgerufen am 24.05.2023
15. ↑ [Profil](#), fdp-bensheim.de, abgerufen am 24.05.2023
16. ↑ [Präsidium](#), europa-union.de, abgerufen am 04.11.2023
17. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 28.05.2023
18. ↑ [Dr. Florian Gerster](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 28.05.2023
19. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\) auf eine schriftliche Frage des FDP-Abgeordneten Brüderle zum Einsatz von Beschäftigten aus der Kreditwirtschaft in Bundesbehörden aus der Woche vom 04.05.2009, S. 19ff., Zugriff 19.09.2011](#)

Monika Hohlmeier

Monika Hohlmeier (*2. Juli 1962 in München), CSU, Tochter des verstorbenen bayerischen Ministerpräsidenten **Franz Josef Strauß**, ist seit 2009 Mitglied des EU-Parlaments und Parlamentarische Geschäftsführerin der CSU-Europagruppe. Sie ist Vorstandsmitglied des [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) sowie Mitglied und ehem. Vorsitzende der [Intergroup Sky and Space](#), die EU-Abgeordnete mit Vertretern der Luft-, Raumfahrt- und Rüstungsindustrie zusammenbringt. Das Büro dieser intransparenten Gruppierung ist bei der Lobbyorganisation [AeroSpace and Defence Industries Association of Europe](#) (ASD) angesiedelt.

Hohlmeier sitzt weiterhin seit Jahren im Aufsichtsrat der Baywa AG (ein weiteres Aufsichtsratsmitglied ist Joachim Rukwied, Präsident des [Deutscher Bauernverband](#)), die Mitglied im Bayerischen Bauernverband ist.^[1] Außerdem ist sie Mitglied des Kredit- und Investitionsausschuss sowie des Vermittlungsausschusses von Baywa. Den Aufsichtsratsmitgliedern wird eine feste jährliche Grundvergütung in Höhe von 70.000 Euro gewährt; für die Ausschusstätigkeit wird den Ausschussmitgliedern eine Vergütung von jeweils 5.000 Euro bezahlt.^[2]

Zum Sortiment der Baywa gehören auch Pflanzenschutzmittel. In einer Videokonferenz mit oberfränkischen Kreisbäuerinnen und Kreisobmänner sprach sie sich 2022 gegen die Vorschläge der EU-Kommission aus, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren.^[3] Bereits 2019 hatte sie ein Treffen von Vertretern des Bayerischen Bauernverbands und des Landesbauernverbands mit Spitzenbeamten aus der Generaldirektion Umwelt, die für die Novellierung der Düngeverordnung zuständig waren, vermittelt.^[4] Bei Veranstaltungen des Bayerischen Bauernverbands tritt sie auch als Rednerin auf.^[5]

Wolfgang Schwarz, Leiter des Geschäftsbereichs Fuels bei der Baywa, ist Vorstandsmitglied des Bundesverbands **UNITI**, der für eine Aufhebung des Verbrennerverbots und eine Abschaffung des Heizungsgesetzes lobbyiert.^{[6][7]}

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	38
2 Europäisches Parlament	38
2.1 2024/25 Haltlose Anschuldigungen gegen NGOs durch MdEP Hohlmeier	39
3 Verbindungen / Netzwerke	39
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	39
5 Einzelnachweise	39

Karriere

- Parlamentarische Geschäftsführerin der CSU-Europagruppe
- Fachausschuss Europa des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik (ASP) der CSU, Vorsitzende
- Europäische Bewegung Bayern, Präsidentin
- Parteivorstand der CSU, kooptiertes Mitglied
- seit 07/2009 Mitglied des EU-Parlaments
- 2006-2008 Mitglied des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen
- 2003-2004 Bezirksvorsitzende der CSU München
- 1998-2005 Staatsministerin im Staatsministerium für Unterricht und Kultus
- 1993-1998 Staatssekretärin im Staatsministerium für Unterricht und Kultus
- 1990-2008 Mitglied des Bayerischen Landtags
- 1981-1983 Ausbildung zur Hotelkauffrau im Eden-Hotel-Wolff

Quelle: ^[8]

Europäisches Parlament

- Haushaltsausschuss (BUDG), stellvert. Vorsitzende
- Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE), Stellvertreterin
- Haushaltskontrollausschuss (CONT), Mitglied
- Delegation für die Beziehungen zur Volksrepublik China (D-CN),
- Delegation für die Beziehungen zu Kanada (D-CA)

2024/25 Haltlose Anschuldigungen gegen NGOs durch MdEP Hohlmeier

2024/25 attackierten Vertreter:innen der Europäischen Volkspartei (EVP), allen voran der CDU/CSU unter Führung von Monika Hohlmeier ^[9], Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Brüssel mit unbelegten Anschuldigungen. Es geht um die Frage, ob sie sich bei ihrer Lobbyarbeit von der EU-Kommission instrumentalisieren ließen. Diese Anschuldigungen haben sich als haltlos erwiesen. Ausführlich dazu die Pressemitteilung von LobbyControl. ^[10]

In der Studie [DESINFORMATION, DIFFAMIERUNG UND DEFUNDING: ZIVILGESELLSCHAFT UNTER DRUCK](#) von LobbyControl werden auch die Aktivitäten von Hohlmeier erläutert.

Verbindungen / Netzwerke

- Baywa AG, Mitglied des Aufsichtsrat (ein weiteres Aufsichtsratsmitglied ist Joachim Rukwied, Präsident des [Deutscher Bauernverband](#))
- [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), Mitglied des Vorstands und Co-Vorsitzende des Fachausschusses Europapolitik
- Intergroup [Sky and Space](#), Mitglied, früher: Vorsitzende ("Chair")
- bis 09/2015 [German European Security Association](#) (GESA), Mitglied des Kuratoriums

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Aufsichtsrat](#), baywa.com, abgerufen am 02.10.2025
2. ↑ [EQS-News: BayWa Aktiengesellschaft/ Bekanntmachung der Einberufung zur Hauptversammlung BayWa Aktiengesellschaft: Bekanntmachung der Einberufung zur Hauptversammlung am 11.06.2024](#), finanznachrichten.de vom 02.05.2024
3. ↑ [EU-Kommissionsvorschlag beim Pflanzenschutz in der Diskussion](#), bayerischerbauernverband.de vom 21.10.2022, abgerufen am 09.04.2024
4. ↑ [Bauernverband in Brüssel](#), lbv-bw.de, abgerufen am 9.04.2024
5. ↑ [Öffentliche Kreisversammlung Gastrednerin MdEP Monika Hohlmeier](#), bayerischerbauernverband.de vom 12.03.2023, abgerufen am 09.02.2024
6. ↑ [Vorstand](#), uniti.de, abgerufen am 04.03.2026
7. ↑ [Pressemitteilungen](#), uniti.de, abgerufen am 04.03.2026
8. ↑ [Erklärung über die privaten Interessen](#), europa.eu vom 20.12.2023, abgerufen am 06.02.2024
9. ↑ [eu-lawmakers-escalate-ngo-funding-fight](#) politico.eu vom 02.02.2025, abgerufen am 12.02.2025
10. ↑ [hohlmeier muss sich entschuldigen](#) www.lobbycontrol.de, Pressemitteilung vom 06.02.2025, abgerufen am 12.02.2025

Lebensmittelverband Deutschland

Weiterleitung nach:

- [Lebensmittelverband & Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie](#)

COPA-COGECA

COPA-COGECA ist die einflussreichste europäische Lobbyorganisation im Agrarbereich, die sich als die vereinte Stimme der Landwirte und ihrer Genossenschaften in der Europäischen Union bezeichnet.

COPA-COGECA

Rechtsform

Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der europäischen Landwirte und ihrer Genossenschaften

Gründungsdatum 1. 12. 1962

Adresse

Hauptsitz Rue de Trèves, 1040 Brüssel

Lobbybüro

Lobbybüro EU

Webadresse www.copa-cogeca.be

Inhaltsverzeichnis

1 Trägerorganisationen	41
1.1 COPA	41
1.2 COGECA	41
1.3 GEOPA-COPA	41
2 Lobbytätigkeit	41
2.1 Ausschuss und Arbeitsgruppen	41
2.2 Kontakte zu europäischen Institutionen	42
2.3 Dominanz in Expertengruppen der EU-Kommission	42
2.4 Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit	42
3 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	42
3.1 COPA	42
3.2 COGECA	43
3.3 Gemeinsames Sekretariat	43
4 Finanzen	43
5 Weiterführende Informationen	43
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	43

Trägerorganisationen

COPA-COGECA ist der Dachverband der europäischen Landwirtschaft, der aus dem COPA (Ausschuss der berufsständischen landwirtschaftlichen Organisationen) und dem COGECA (Allgemeiner Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften) besteht. Am 1. Dezember 1962 wurden die Sekretariate von COPA und COGECA zusammengelegt.

COPA

Der COPA ist der europäische Zusammenschluss der landwirtschaftlichen Spitzenverbände. Er umfasst 60 Vollmitglieder aus den Ländern der Europäischen Union (Stand: 10/2019). Deutsches Vollmitglied ist der [Deutsche Bauernverband](#) e.V.

Nach eigenen Angaben sind die Ziele von COPA^[1]: Interessenvertretung für den Agrarsektor insgesamt sowie die Aufrechterhaltung und der Ausbau der Kontakte mit den Gemeinschaftsbehörden sowie mit den repräsentativen Organisationen und den Sozialpartnern auf Gemeinschaftsebene.

COGECA

Der COGECA ist der Dachverband der Genossenschaften des Agrar-, Forst-, Fischerei- und Agrarnahrungsmittelbereichs. Er umfasst 35 Vollmitglieder aus den Ländern der Europäischen Union (Stand: 10/2019). Deutsches Vollmitglied ist der [Deutsche Raiffeisenverband](#) e.V.^[2]

Nach eigenen Angaben gehört es auch zu den Aufgaben von COGECA, auf Politik-Beschlüsse, die die Aktivitäten von landwirtschaftlichen Genossenschaften berühren, durch Lobbyarbeit gegenüber den öffentlichen Institutionen der EU und Organisationen auf EU- und internationaler Ebene Einfluss zu nehmen.^[3]

GEOPA-COPA

Bei der Geopa-Copa handelt es sich um eine Arbeitsgruppe von COPA. Die Mitglieder bilden sich aus nationalen landwirtschaftlichen Organisationen, die entweder Mitglied von COPA sind, von COPA autorisiert wurden, Mitglied zu werden oder berächtigt sind tarifverträge auf nationaler ebene auszuhandeln (Beispielsweise: Landwirtschaftskammer Österreich - LKÖ). Der Arbeitsauftrag der GEOPA-COPA ist es die Arbeitgeber von landwirtschaftlichen Arbeitnehmern gegenüber den EU-Behörden und den landwirtschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen in allen Fragen zu vertreten, die die Förderung der spezifischen sozialen Interessen der Arbeitgeber betreffen.^[4]

Lobbytätigkeit

Ausschuss und Arbeitsgruppen

Es gibt einen "Ausschuss zur Koordinierung der Politik" und 50 Arbeitsgruppen, die sich entweder produktionspezifischen Problembereichen (zum Beispiel Getreide, Rindfleisch) oder allgemeinen Fragen (zum Beispiel Umwelt, Entwicklung des ländlichen Raums) annehmen.^[1]

Kontakte zu europäischen Institutionen

Die Kontakte von COPA zur Europäischen Kommission, dem Ministerrat, dem Europäischen Parlament, dem Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen werden auf der Webseite von copacogeca ausführlich beschrieben.^[1] So kommt das Präsidium von COPA regelmäßig mit dem zuständigen Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung zusammen, um über die allgemeine Entwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik zu diskutieren. Es werden auch Zusammenkünfte mit anderen Kommissaren und mit dem Präsidenten der Kommission angesetzt, wenn hierfür ein Bedarf besteht. Weiterhin gibt es regelmäßige Kontakte zwischen COPA-Experten und Kommissionsexperten. Enge Kontakte unterhält COPA auch mit dem Europäischen Parlament, insbesondere mit den Mitgliedern des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie mit den politischen Fraktionen. Darüber hinaus sind COPA und COGECA in einer Vielzahl von Hochrangigen Gruppen und Beratenden Ausschüssen der Europäischen Kommission vertreten. Ein Überblick findet sich im EU-Transparenzregister unter [European Farmers](#) und [European agri-cooperatives](#)

Dominanz in Expertengruppen der EU-Kommission

Nach der Studie [Will public trust in the EU be sacrificed to keep agribusiness happy?](#) von "Corporate Europe Observatory" (CEO) vom 27. Januar 2014 entfallen 442 von insgesamt 943 Sitzen in Arbeitsgruppen der Generaldirektion für Landwirtschaft auf Vertreter von COPA-COGECA. Die Kommission hat in ihrem Beschluss vom 16. Dezember 2013 als Reaktion auf die Kritik an an diesem Missstand einen Rahmen für den zivilen Dialog im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik festgelegt.^[5] Dieser soll für eine stärkere Transparenz und eine bessere Ausgewogenheit der vertretenen Interessen sorgen. In einem offenen Brief vom 24. Januar 2014 appellierten mehrere lobbykritische Organisationen an den EU-Kommissar für Landwirtschaft, die geplante Reform bei der Umsetzung nicht zu verwässern.^[6]

Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit

Annette Toft, Mitglied des Verwaltungsrats ("Management Board") der [Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit](#) (EFSA), ist Brüsseler Cheflobbyistin des "Danish Agriculture & Food Council", einem Mitgliedsunternehmen von COPA COGECA.^{[7][8][9]} Weiterhin ist sie Vorsitzende der COPA COGECA - Arbeitsgruppe zu Lebensmitteln. Sie gehört nicht nur dem Verwaltungsrat der EFSA an, sondern ist auch Mitglied der EU-Plattformen "Platform on health, nutrition, and physical activity" und "Platform on food waste".^[10]

Chris Hartfield, Lobbyist bei der britischen National Farmer's Union, ist für COPA COGECA Mitglied der EFSA's Stakeholder Consultation Group^[11]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

COPA

Präsidium

Das Präsidium setzt sich aus je einem Vertreter pro Mitgliedsorganisation - in der Regel aus den Präsidenten der Mitgliedsorganisationen - zusammen.

Vorstand

Die Mitglieder sind [hier](#), abrufbar. Präsident ist Joachim Rukwied, Präsident [Deutscher Bauernverband](#)

COGECA

Präsidium

Das Präsidium setzt sich aus Vertretern der Mitgliedsorganisationen zusammen.

Vorstand

Die Mitglieder sind [hier](#), abrufbar. Präsident ist Thomas Magnusson

Gemeinsames Sekretariat

Generalsekretär ist Pekka Pesonen, ehem. Staatssekretär beim „Finnish Ministry for Agriculture and Forestry“, ehem. Mitglied mehrerer hochrangiger EU Beratungsgruppen^[12]

Policy Advisors sind:

- Paulo Gouvela (Chief Policy Advisor)
- Umberto Di Pasquo (Senior Policy Advisor), zuständig u.a. für "Cooperative Policy, Legislation & Governance"
- Francois Guerin (Senior Policy Advisor), zuständig u.a. für die Beziehungen zum EU-Parlament

Quelle: ^[13]

Im Gemeinsamen Sekretariat sind insgesamt 50 Personen beschäftigt.^[3] Im EU Transparenzregister werden 35 Beschäftigte (Vollzeitäquivalent) genannt. Es handelt sich um den Generalsekretär plus jeweils 17 Mitarbeiter von COPA und COGECA. Zugang zu Räumlichkeiten des EU-Parlaments haben 11 Mitarbeiter von COPA und 9 von COGECA.

Weitere Informationen sind dem [Organigramm copa copeca \(Stand: 09.01.2018\)](#) zu entnehmen.

Finanzen

Laut EU-Transparenzregister lagen die Ausgaben für Lobbyarbeit im Jahr 2018 bei COGA und COGECA jeweils zwischen 1 und 1,3 Mio. Euro.

Weiterführende Informationen

[European Farmers im EU-Transparenzregister](#) und [European agri-cooperatives im EU-Transparenzregister](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ ^{1,01,11,2} [Über Uns](#), copa-cogeca.eu, abgerufen am 23.10.2019
2. ↑ [Mitgliedsorganisationen](#), copa-cogeca.eu, abgerufen am 24.10.2019
3. ↑ ^{3,03,1} [Über Uns](#), copa-cogeca.eu, abgerufen am 24.10.2019
4. ↑ COPA-COGECA <https://copa-cogeca.eu/about-geopa>: Abgerufen am 9.11.2022
5. ↑ [Beschluss der Kommission vom 16. Dezember 2013 zur Einrichtung eines Rahmens für den zivilen Dialog im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik](#), eur-lex.europa.eu, abgerufen am 17. 11. 2015
6. ↑ [Open letter to DG AGRI Commissioner Ciolos](#), Webseite eur-lex.europa.eu, abgerufen am 17. 11. 2015
7. ↑ [our office in Brussels](#), agriculture and food.dk, abgerufen am 27.10.2019
8. ↑ [Verwaltungsratsmitglieder](#), efta.europa.eu.de, abgerufen am 27.10.2019
9. ↑ [Profil](#), efsa-europa.eu, abgerufen am 26.10.2019
10. ↑ "Annual Declaration of Interests" der Mitglieder des Verwaltungsrats, unterzeichnet am 13.08.2019
11. ↑ [Selection Board](#), efta.europa.eu, abgerufen am 27.10.2019
12. ↑ [CV](#), europarl.europa.eu, abgerufen am 24.10.2019
13. ↑ [Sekretariat](#), copacogeca.eu, abgerufen am 23.10.2019

COGECA

Weiterleitung nach:

- [COPA-COGECA](#)